

NACHRICHTEN

Solidarität mit der selbstverwalteten argentinischen Fabrik Zanon.

3

PROJEKTE

Aufregende Zeiten für die Kommune Volzendorf 13.

4

GENOSSENSCHAFTEN

Das Auf und Ab einer Genossenschaftsgründung im mecklenburgischen Sukow.

7

BIOTONNE

Widerstand gegen die Fusion der Konzerne Bayer und Monsanto.

13

KUNST & KULTUR

Sechs Aktivistinnen sprachen im Rahmen des Elevate-Festivals über den Arabischen Frühling und Aktivismus online und offline.

14



◀ Ein Aufkleber in Thessaloniki gegen die aktuelle Politik. Angela Merkel muss immer wieder an eine Tafel schreiben: Ich werde Europa nicht mit Austeritätspolitik zerstören!
Foto: Giovanni Lo Curto

SELBSTORGANISATION IN GRIECHENLAND

Solidarität ist ihre Stärke

Die Austeritätspolitik in Griechenland wird fortgesetzt. Die Projekte kämpfen weiter. Sie kämpfen um ihren Lebensunterhalt. Sie kämpfen außerdem um eine solidarische Gesellschaft. Sie beziehen Geflüchtete mit ein, obwohl sie selbst nicht mehr viel haben. In diesem Schwerpunkt stellen vier Projekte ihre aktuelle Situation dar.

ULRIKE KUMPE, REDAKTION BERLIN

Der Kampf um die griechische Gesellschaft und ihre Wirtschaft geht weiter. Es ist schade, aber wenig überraschend, dass der griechische Premierminister Alexis Tsipras auf individuelle Almosen setzt, um sich Wählergruppen zu sichern. Es ist ebenso wenig erstaunlich, dass der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble auf seinem Austeritäts-Kurs

beharrt. Schäuble ist empört, weil griechische Rentner*innen ein Weihnachtsgeld bekommen haben. Eine Erhöhung der Renten hätte er aber auch nicht durchsetzen können. Der Ausverkauf des griechischen Staates geht unvermindert weiter. Die 40-jährige Konzession für die 14 gewinnbringenden griechischen Flughäfen an die deutsche staatseigene Fraport AG - ein voller Gewinn. Die Bestimmungen des Konzessionsvertrages beinhalten vor allem Kosten für den griechischen Staat und Gewinne für den deutschen Betreiber. Selbst die Erlaubnis zu Investitionen in Griechenland ist begrenzt. Als Nächstes wird es um die Wasserwerke Athens und Thessalonikis gehen.

Entgegen der Ankündigungen im Wahlkampf wurden durch Syriza

jedoch keine Gesetze verabschiedet, die die vielfältigen Ansätze gemeinsamen Wirtschaftens stärken. Hier hätte das Bündnis eine Vorreiterrolle einnehmen können, doch Syriza setzt auf altbekannte Mechanismen. Die Projekte in Griechenland können sich nur selbst helfen. Auf Regierungsebene kommen keine Impulse zu einer veränderten solidarischen und nachhaltigen Wirtschaft und Gesellschaft.

Es gibt Projekte, die wirtschaften am Rande der Existenz, wie die Nachbarschaftsinitiative aus Perama, die dringend Unterstützung benötigt und deshalb einen Beitrag geschrieben hat (Seite 11). Sie leben an einem Ort mit besonders hoher Arbeitslosigkeit, weil die Werften fast alle entlassen haben. Außerdem gibt es in Griechenland keine andauernde finanzielle Unterstützung. Eine Gemeinschaftsküche

muss her, damit viele Familien auch nur eine warme Mahlzeit am Tag bekommen. Es wird ein Ort, benötigt an dem viele Menschen mitkochen und essen können.

Wirtschaftlich besser aufgestellt ist aktuell vio.me aus Thessaloniki, dennoch sind sie weiterhin von Räumung und Zwangsversteigerung bedroht. Auf das von Syriza versprochene Gesetz, das sie hätte legalisieren können, warten sie bis heute. In einem Interview schildern Dimitris und Giorgios Arbeiter des Kollektivs von vio.me die aktuelle Lage (Seite 10). Es geht aber auch internationaler zu in der Projektlandschaft: Das Projekt Agrio Gata, ist ein neu entstandenes Projekt, dass sich im Zuge des No Border Camps im Sommer gegründet hat (Seite 12). Dimitris, Arzt in der

Solidarischen Klinik Thessaloniki berichtet über die Schwierigkeiten politischer Arbeit rund um die Klinik (Seite 9).

Es sind nur wenige Projekte, von den Unzähligen, die sich in Griechenland seit der Wirtschaftskrise gegründet haben. Viele Menschen nehmen ihre Geschicke selbst in die Hand, unabhängig davon, was die Regierungen so treiben. Dennoch existieren sie nicht im luftleeren Raum, sie sind abhängig von Parlamenten auf griechischer wie europäischer Ebene, sowie neoliberalen Wirtschaftsinteressen, die mittels politischen Drucks durchgesetzt werden (Seite 12). Sich diesem Druck zu widersetzen, und die aus der Not heraus gegründeten Projekte mit Erfolg durchzusetzen, ist nicht leicht – Solidarität ist dabei ihre Stärke.

GEBURTSTAGSFEIER FÜR CHELSEA MANNING

Whistleblowing-Tag weltweit

Glückwünsche hat sie bitter nötig: Chelsea Manning, Whistleblowerin und dafür seit sechs Jahren in US-Militärhaft, ist am 17. Dezember 2016 29 Jahre alt geworden. Zweimal hat sie wegen unerträglicher Haftbedingungen einen Suizid-Versuch unternommen. Jetzt läuft eine von über hunderttausend Menschen unterzeichnete Petition an den Noch-Präsidenten Barack Obama, Mannings unverhältnismäßig hohe Strafe von 35 Jahren Gefängnis per Gnadenerlass zu reduzieren.

ARIANE DETTLOFF, REDAKTION KÖLN

Geburtstagsfeiern für die Whistleblowerin Chelsea, vormals Bradley Manning fanden unter dem Motto »Free Chelsea now!« außer in vielen US-amerikanischen Städten auch in

London, Manchester, Dublin, Rom, Bukarest, Berlin, Hannover und Köln statt.

»Kriegsverbrechen zu enthüllen ist kein Verbrechen« heißt es auf der Unterstützer*innen – Website für Chelsea Manning. Als IT-Spezialistin bei der US-Armee hatte Manning Hunderttausende geheime Dokumente der Enthüllungsplattform Wikileaks zugespielt. Sie belegten Kriegsverbrechen im Irak und Afghanistan, so auch die als »Collateral Murder« bekannt gewordene Aufzeichnung des Mords an Zivilisten durch eine US-Helikopter-Besatzung inklusive deren zynischer Kommentare während des Irak-Kriegs. Sie hat weltweit Entsetzen hervorgerufen. Die Täter wurden nie bestraft. Aber Mannings Enthüllung wurde so hart geahndet, wie noch nie

ein Whistleblowing zuvor. Die internationalen Unterstützungs-Feiern und Freilassungsbegehren für die Transgender-Frau Chelsea Manning wurden von antimilitaristischen und Queer-Gruppen organisiert. Auch in Köln hat sich eine solche Gruppe gebildet. Hier waren insbesondere Kritiker*innen des »Digitalismus« beteiligt - dem Glauben, alles über Digitalisierung besser lösen zu können. »Das führt zu weniger Autonomie und mehr Fremdbestimmung«, erklärt ein Mitorganisator. Die Kölner Manning-Unterstützer*innen treten dafür ein, »das Whistleblowing, also das Weitergeben wichtiger Informationen, die eigentlich nicht für die Öffentlichkeit bestimmt sind, als politische Praxis zu verbreitern.« Das betreffe nicht nur militärische und adminis-

trative Informationen, sondern auch solche aus dem Arbeitsleben. Denn wie könne man sich gemeinsam gegen Unrecht wehren, wenn es gar nicht bekannt wird?

»Eine Demokratie braucht mehr Informationen als die, die uns die offiziellen Stellen zugestehen. In diesem Sinne sind Whistleblower wesentliche Garanten für den Erhalt unserer Freiheit«, so Daniel Ellsberg, der mit der Veröffentlichung der »Pentagon-Papiere« 1971 Täuschungen der Öffentlichkeit über die wahren Gründe des Vietnam-Kriegs aufdeckte. Auch er unterstützt die Forderung nach unverzüglicher Freilassung der Whistleblowerin Manning. Die Kölner Veranstaltung zu Chelseas Geburtstag mit Anleitungen zum sicheren Weitergeben und Verschlüsseln

»geblower« unterdrückter Nachrichten sehen die Organisator*innen als eine sinnvolle Möglichkeit, Informationshierarchien abzubauen: »Wie können wir sicherstellen, dass Dokumente verantwortlich gegenüber der Informant*in und auch verantwortlich gegenüber Unbeteiligten veröffentlicht werden?« Die abendliche Tanzaufführung »Im Zeughaus« von Michael Baumann und Lea Pischke thematisierte in einer algorithmisch komponierten Performance mit »Videomapping« das Verhältnis von Mensch und Maschine. Ein Video dieser Bühnen-Darstellung in einer ehemaligen Kölner Fabrikhalle wurde Chelsea Manning als Geburtstagsgeschenk in ihr Militärgefängnis in Fort Leavenworth, Kansas übermittelt.

siehe auch: www.chelseamanning.org

INHALTSANGABE

NACHRICHTEN ZANON VERTEIDIGEN! MELDUNGEN	SEITE 3	SCHWERPUNKT SOLIDARISCHE KLINIK THESSALONIKI	SEITE 9
PROJEKTE DAS KOOPERATIV E.V. AG-BERATUNG	SEITE 4	VIO.ME	SEITE 10
PROJEKTE KOMMUNE VOLZENDORF 13 WABOS E.V.	SEITE 5	FREIE VEREINIGUNG PERAMA	SEITE 11
PROTESTE GENOSSENSCHAFTSGRÜNDUNG SUCKOW	SEITE 6	PROJEKTE IN DER KRISE AGRIO GATA	SEITE 12
GENOSSENSCHAFTEN SPIEKEROOGER KLIMAGESPRÄCHE GENOSSENSCHAFTEN ALS WELTKULTURERBE	SEITE 7	BIOTONNE WIDERSTAND GEGEN BAYER-MONSANTO FUSION KARLSRUHE: PROJEKT BIENEN UND BEETE	SEITE 13
ÜBER DEN TELLERRAND THEISEN GEGEN HECKLER UND KOCH REPRESSIONS-UND RECHTSFÄLLE	SEITE 8	KUNST&KULTUR AKTIVISTINNEN PORTRAITS DER POLITISCHE KRIMI	SEITE 14
		REZENSIONEN ANARCHIE IST MACHBAR, FRAU NACHBAR! DAMIT DER GEIST IN DER FLASCHE BLEIBT CARE, ARBEIT, TECHNIK UND GESCHLECHT SACHCOMIC ZUR FRIEDENSBEWEGUNG KOOPERATIV UND GEMEINSCHAFTSORIENTIERT	SEITE 15
		TERMINE KLEINANZEIGEN, IMPRESSUM	SEITE 16

Contraste ist offen für Beiträge von Euch. Redaktionsschluss ist immer 5 Wochen vor dem Erscheinungsmonat. Wir freuen uns über weitere Mitwirkende. Das Redaktionsselbstverständnis ist nachzulesen unter: www.contraste.org/redaktionsselbstverständnis.htm

contraste abonnieren!

Schnupperabo (läuft automatisch aus, keine Kündigung nötig): 3 Ausgaben **7,50 Euro** (bei Lieferung ins europäische Ausland **10 Euro**)

Standard-Abo (Print oder Pdf) **45 Euro** jährlich

Kombi-Abo (Print+PDF) zu **60 Euro** jährlich,

Kollektiv-Abo (5 Exemplare) zu **100 Euro** jährlich

Fördermitgliedschaft jährlich mindestens **70 Euro**

Fördermitgliedschaft jährlich für juristische Personen (Betriebe, Vereine, usw.) mindestens **160 Euro**

Eine **Fördermitgliedschaft** bedeutet Contraste finanziell zu unterstützen. Daraus resultieren keine weiteren Verpflichtungen.

Der **Förderbetrag** kann steuerlich geltend gemacht werden.

Vereins-Satzung unter: www.contraste.org/fileadmin/user_upload/Contraste-Satzung.pdf

online-Formulare: www.contraste.org/index.php?id=99

Rückfragen bitte an: abos@contraste.org

AKTION 2017

Wir brauchen mehr ...

Liebe Leser*innen,

»Wir brauchen mehr Demokratie« singen die Schmetterlinge in ihrer unvergleichlichen Proletenpassion. In Zeiten des heutigen Rechtsrucks wäre noch hinzufügen, dass es um die solidarische Demokratie, nicht um eine exkludierende geht. Demokratie im Sinne von Teilhabe aller haben wir reichlich bei der CONTRASTE. Wir treffen die Entscheidungen auf unseren Redaktionsplena konsensmäßig, nachdem denn die jeweilige Sache aus verschiedenen Sichtweisen

beleuchtet und ausdiskutiert wurde. Und wer neu dazu kommt, ist ad hoc auf gleicher Augenhöhe dabei.

Was wir mehr brauchen, ist Geld, Knete, sind Mäuse für das Weiterbestehen unserer Zeitung, in der wir engagiert über Neues im Alten berichten. Nach Erscheinen unseres Spendenaufrufes sind 408 Euro eingegangen. Vielen Dank. Wir brauchen noch mehr, wir brauchen noch 5.529 Euro, um unser Spendenziel von 6.500 Euro für das Jahr 2017 zu erreichen. Wir hoffen auf euch im neuen Jahr, liebe Leserinnen und Leser.

Die Abozahlen sind zur Zeit stabil, es wird auch weniger aus Überdruß als aus Krankheits- und Finanzgründen gekündigt. Nicht wenigen in der BRD hätte da auch die Extra-Rente gut getan, welche Griechenlands Premier Tsipras armen Rentner*innen hat auszahlen lassen. Statt sich darüber zu empören, hätten Merkel und Schäuble mal nachlegen sollen.

Die Abo-Bilanz ist wiederum unentschieden: Fünf Neuabos halten sich die Waage mit fünf Kündigungen, darunter eine Fördermitgliedschaft. Ein kleiner Aufschwung täte gut.

Aus der Contraste-Redaktion grüßt

Heinz Weinhausen

Wir danken den Spender*innen

Wolfgang Jakob, Roßdorf	100,00
H.J.	70,00
L.C+M.L.	8,00
Homa Moradi, Köln	10,00
Peter Streiff, Stuttgart	20,00
M.P.	200,00

.....
 : Spendenticker Aktion 2017: Das Zeitungsprojekt **CONTRASTE** benötigt noch **5.529 Euro** :

CONTRASTE WINTER-PLENUM 2016

Neue Fachredaktion, bewährte Leitlinien

ARIANE DETTLOFF, REDAKTION KÖLN

Dreizehn aktive Zeitungsmacher*innen haben sich am Wochenende vom 9. – 11. Dezember zum Winterplenum im Kasseler Contraste-Büro getroffen. Einige mussten nach dreimaligem Umrunden abgeholt werden, weil das schnuckelige Büro recht versteckt gelegen ist. Schließlich fanden sich dann doch alle ein, angereist aus Berlin und aus Valencia, aus dem Bremer Umland, aus Klagenfurt und Graz, aus Göttingen, Kassel, Köln und Hiddinghausen. Zu uns gefunden hat auch Josta: Sie hatte »Contraste« beim Klimacamp im Rheinland kennen gelernt und sogleich einen Artikel für die Juli/August-Ausgabe verfasst. Josta ist in Rotterdam und Berlin zu Hause und bereichert Contraste ab sofort mit der neuen Fachredaktion »Degrowth und Klima«.

Trotz umfangreicher Tagesordnung konferierten wir stressfrei und ungeachtet weiterhin finanzieller Enge optimistisch. Das neue Layout hat den meisten Leser*innen gut gefallen, konnten wir den – allerdings nicht sehr zahlreichen – Rückmeldungen entnehmen. Die Abo-Zahlen sind stabil geblieben. Schön wär 's natürlich, wenn sie wachsen würden. Wir wollen noch mal kräftig werben und weiterhin bei Tagungen, Kongressen und Demos unser Blatt bekannter machen. Dabei könntest auch Du, liebe/r Leser/in, helfen. Gern senden wir für diesen Zweck Zeitungspakete zu.

Die dringend gewünschte Neugestaltung unserer eher diffizilen Homepage braucht noch Zeit. Mit ein paar Änderungen ist es nicht getan, sie muss komplett überdacht und dann übersichtlich eingerichtet werden. Und sie soll Smartphone-fähig werden.

Die Plenums-Laune am geräumigen Konferenztisch war gelöst. Wir konnten nach lebhafter Diskussion sogar durchaus knifflige Themen im Konsens beschließen wie: »Wie geht Contraste mit Partei-Poliker*innen um? Welchen Raum gibt ihnen unsere basis- und bewegungsdemokratisch orientierte Zeitung? Sind Kooperations-Veranstaltungen mit einer Zeitung wie dem »neuen deutschland« möglich, ohne das Vertrauen unserer Leser*innen in unsere Unabhängigkeit aufs Spiel zu setzen?« Wir möchten weiterhin undogmatisch verfahren und in inhaltlich begründeten Ausnahmefällen auch Politiker*innen zu Wort kommen lassen. Die grundsätzliche Ausrichtung von Contraste bleibt: Wir schreiben für Linke, die sich für soziale Selbstorganisation und solidarische Ökonomie interessieren – von Widerstand bis Alternativen. Wir streben neue Kooperationen zum Beispiel in Berlin zum Thema »Recht auf Stadt«. Das kann sinnvoll sein, vielleicht können so neue Interessent*innen gewonnen werden.

Eva Schmitt, unsere Abo- und Finanz-Verwalterin, hat uns mit nicht ganz befriedigendem Zahlenwerk, dafür um so köstlicheren Speisen versorgt. Von Ratatouille bis Linsentopf, von Matjes-Kartoffel-Salat bis Kürbissuppe war alles gaumentechnisch hoch erfreulich.

Zum Sommerplenum treffen wir uns vom 30. Juni bis 2. Juli in der Kommune Feuerland in Brüssow in der Uckermark und laden wie immer alle Interessierten ein, mitzukommen, um eine anregende selbstorganisierte Zeitung für Selbstorganisation zu produzieren.



▲ Finde den Fehler - da hat sich doch jemand glatt beim Blatt geirrt

Foto: Contraste

DIE BEKANNTESTE SELBSTVERWALTETE FABRIK ARGENTINIENS STECKT IN DER KRISE.

Zanon verteidigen!



▲ 2016: Demo zur Verteidigung der Arbeiterselbstverwaltung, gegen die Gebührenerhöhungen und gegen Entlassungen im öffentlichen Dienst.

Foto: Zanon

Seit Jahren fordern die Kolleg*innen der Fliesenfabrik Zanon öffentliche Kredite, um ihre Maschinerie zu erneuern. Die Anträge wurden abgelehnt oder verzögert, zugesagte Kredite nicht ausgezahlt. Als die Kolleg*innen 2001 die Fabrik in Neuquén besetzten, um die Schließung zu verhindern – mitten in der Krise und kurz vor dem Aufstand in Argentinien – waren die Produktionslinien noch in brauchbarem Zustand. Inzwischen können sie mit den völlig veralteten Maschinen nicht einmal mehr ihren Lebensunterhalt erwirtschaften. Wieder nehmen sie den Kampf um ihre Arbeitsplätze auf, aber diesmal geht es um mehr. In Gefahr ist ein Projekt, das international zu einem Symbol für erfolgreichen Arbeiterwiderstand und kämpferische Selbstverwaltung geworden ist.

ALIX ARNOLD, KÖLN

Im Oktober gab es nach langer Zeit wieder einmal ein Konzert im Hof der Fabrik. Tausende feierten mit der legendären Band Todos Tus Muertos das 15-jährige Bestehen der Selbstverwaltung, nach dem erprobten Motto »Konzert ohne Polizei« in der Fabrik ohne Chefs«. Die Kolleg*innen von Zanon haben in diesen Jahren bislang Unvorstellbares erreicht. Aus den etwas über hundert Kolleg*innen, die 2002 die Produktion aufnahmen, wurden nach und nach 470. Viele der neuen Arbeitsplätze gingen an Mitglieder der Arbeitslosenorganisationen, die die Arbeiter*innen in ihrem Kampf unterstützt hatten – eine politisch sehr bedeutsame neue Allianz zwischen (früher) relativ gut verdienenden

Industriearbeiter*innen und verarmten Arbeitslosen. »Die Fabrik in den Dienst der Bevölkerung stellen« war nicht nur eine Parole. Die Kolleg*innen spendeten immer wieder Teile der Produktion für soziale Zwecke, sie bauten im anliegenden Armenviertel eine Gesundheitsstation, richteten in der Fabrik eine Abendschule ein, öffneten ihre Räume für Kulturveranstaltungen und Treffen. Dank der großen Solidarität konnten sie mehrere Räumungsversuche abwehren und die erste Zeit der Besetzung, in der sie keinerlei Einkommen hatten, durch Spenden überstehen. Diese Solidarität haben sie immer wieder erwidert, indem sie Kolleg*innen aus anderen Betrieben und soziale Bewegungen unterstützt haben. Bekannt wurde die Fabrik außerdem durch die weit entwickelte Basisdemokratie, eine Versammlungskultur, mit der zuerst die kleine Keramik-Gewerkschaft von den bürokratischen Funktionären übernommen und wieder zu einem Kampfinstrument gemacht, und dann die Produktion organisiert wurde. Die Kolleg*innen nehmen sich viel Zeit für Versammlungen, bei regelmäßigen Diskussionstagen setzen sich alle für die Dauer einer Schicht zusammen und debattieren auch mal, wenn das nicht reicht, am nächsten Tag weiter. Ein Experiment von Selbstverwaltung einer Fabrik, das weithin beachtet und zum Bezugspunkt wurde.

Acht Jahre mussten die Kolleg*innen für ihre Legalisierung kämpfen. In dieser Zeit konnten sie Geld für die Instandhaltung erwirtschaften, aber Kredite und größere Investitionen waren ohne legalen Status unmöglich.

Erst 2009 beschloss das Parlament der Provinz Neuquén endlich, die Fabrik zu enteignen und den Arbeiter*innen zu überlassen. Sie wird seitdem als Kooperative FaSinPat (Fábrica sin Patronos – Fabrik ohne Chefs) betrieben. Schon damals war klar, dass die Technologie erneuert werden musste, aber den Antrag, mit der Enteignung auch gleich die nun möglichen Kredite zu beschließen, lehnte das Parlament ab. Seitdem versuchen die Kolleg*innen, allen bürokratischen Hürden und unwilligen Politiker*innen zum Trotz an Kredite zu kommen, aber während Privatbetriebe und auch Multis großzügig mit staatlichen Geldern bedacht wurden, gingen die Zanon-Arbeiter*innen leer aus.

Verschärft wurde die Situation der übernommenen Betriebe in Argentinien durch den Regierungswechsel im Dezember 2015. Die neue Macri-Regierung strich Subventionen, wodurch sich die Gebühren für Gas, Strom und Wasser Anfang des Jahres gigantisch erhöhten. Betriebe mit hohem Energiebedarf wie Zanon waren davon besonders betroffen. Die ökonomische Situation ist inzwischen nicht mehr haltbar. Die Auszahlungen reichen nicht mehr zum Leben, Kolleg*innen sind gegangen und suchen sich andere Jobs. Die 300 verbliebenen versuchen nun, das Ruder herumzureißen.

Mit dem Ende der Kirchner-Regierungen sind auch die falschen Illusionen verschwunden, die sich viele Kolleg*innen von Zanon gemacht haben, die in den letzten Jahren eher auf ein gutes Verhältnis zur Regierung als auf Mobilisierung gesetzt hatten. Seit Mitte des Jahres gab es

wieder verschiedene Koordinationen und Mobilisierungen zusammen mit anderen selbstverwalteten Betrieben gegen die Preiserhöhungen, und nun hat die Versammlung von Zanon einstimmig beschlossen, mit aller Kraft eine Kampagne zur Verteidigung ihrer Fabrik anzugehen. Sie gehen wieder auf die Straße, wie am 15. Dezember in der weit entfernten Hauptstadt Buenos Aires, wo sie das Arbeitsministerium belagert haben, um Kredite und Subventionen für sich und die vielen anderen von Arbeiter*innen übernommenen Betriebe in Argentinien zu fordern. Eine neue Webseite erzählt die Geschichte von Zanon und fordert zu Spenden auf – damit sie auch diesen weiteren Kampf um ein großartiges Projekt gewinnen können.

Spendenkampagne
für Zanon

Auf der neuen Webseite endefensadezanon.com kann unter der Rubrik »Donaciones« auch international über PayPal gespendet werden. Eine Übersetzung der Texte der neuen Webseite – der Kampagnenaufwurf und die Geschichte der Fabrik – ist auf Labournet zu finden. Dort auch viele ältere Artikel zu Zanon:

www.labournet.de

MELDUNGEN

NEUER GENOSSENSCHAFTS-VERBAND IN ÖSTERREICH

Bisher wählten selbstorganisierte Projekte in Österreich kaum die Rechtsform der Genossenschaft, weil die bestehenden Genossenschaftsverbände andere Interessen vertraten. Seit fast zwei Jahren hat sich der Verein Rückenwind.coop um die Gründung eines eigenen Genossenschaftsverbandes für gemeinwohlorientierte Genossenschaften bemüht.

Am Donnerstag, 15. Dezember 2016, wurde dem Förderungs- und Prüfungsverein gemeinwohlorientierter Genossenschaften der Anerkennungsbescheid des österreichischen Wirtschaftsministers zugestellt. »Wir möchten mit unserem neuen Verband den ursprünglichen Werten der Genossenschaftsbewegung einen kräftigen Impuls geben«, sagt der Obmann des neuen Verbandes, Heini Staudinger.

<http://www.rueckenwind.coop/anerknungsbescheid>

WASSERPRIVATISIERUNG STOPPEN!

Mit einer Petition an Finanzminister Wolfgang Schäuble und EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker richtet sich Campact gegen die Privatisierung der beiden griechischen Wasserwerke in Athen und Thessaloniki. Sie fordern insbesondere von der EU, ihr Versprechen zu halten und Wasser von den Privatisierungen auszunehmen. Der Zugang zu Wasser ist Menschenrecht. Der erste Versuch das Wasser in Griechenland zu privatisieren scheiterte am Widerstand der Bevölkerung.

Infos unter: <https://weact.campact.de/petitions/wasser-ist-menschenrecht-stoppt-die-wasser-privatisierung-in-griechenland-1>

ANZEIGEN

DIE SINNESCHÄRFEN!!!
JETZT TESTEN:

analyse & kritik
Zeitung für linke Debatte und Praxis

4 Ausgaben für 10 €
Bestellungen: www.akweb.de

Unterstützt die zapatistische Selbstverwaltung!
Kaffee Kollektiv Aroma Zapatista eG

Solidarischer Handel mit zapatistischem Kaffee und Tee

Infos und Online-Shop:
www.aroma-zapatista.de
kaffee@kollektiv-zapatista.de

Genossenschaft gründen?

www.genossenschaftsgruendung.de
Telefon 040 - 23 51 97 90

Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften e.V.

PROJEKTE

DAS KOOPERATIV E.V. - VEREIN ZUR UNTERSTÜTZUNG SOLIDARISCHER UND DEZENTRALER SELBSTVERWALTUNG IN BRANDENBURG UND BERLIN

Heraus aus der Aktivist*innen-Blase

Think global - act local. Im Anschluss an den Solikon 2015, den Kongress Solidarische Ökonomie und Transformation, versuchen wir gemeinsam mit einem breiten Netzwerk an Unterstützer*innen in unserer Vereinsstruktur »das kooperativ« gelebte Alternativen und dezentrale und solidarische Initiativen und Gemeinschaften, die Antworten auf die multiplen globalen Krisen in der Region Berlin-Brandenburg geben, zu unterstützen.

MARIA SCHMIDT, DAS KOOPERATIV E.V.

Die Grundlage unserer Aktivitäten ist das Vertrauen in die Verankerung von Veränderungspotenzial und Willen zu einem Leben in Selbstorganisation und Solidarität in jedem Menschen, genährt durch die vielen Projekte und Menschen, die bereits aktiv einen solidar-ökonomischen und sozio-ökologischen Wandel gestalten. Die stete Herausforderung: Basisdemokratisches und widerständiges Arbeiten ohne Selbstausbeutung und der Schritt heraus aus der Aktivist*innen-Blase und Strukturen in denen zermürbende Lagerkämpfe, dem Fokus auf ein gemeinsames Ziel im Wege stehen.

Die Wandelwoche Berlin-Brandenburg

Im Rahmen der Wandelwoche Berlin-Brandenburg, die wir 2016 zum zweiten Mal durchgeführt haben und auch 2017 wiederholen werden, möchten wir die Öffentlichkeit begeistern für das Potenzial zur Selbstorganisation und -Ermächtigung in ihrer direkten Nachbarschaft. Wir setzen auf widerständige Organisationsstrukturen in regionalen Zusammenhängen, die nur aus dem Selbstbezug heraus treten können, wenn sie ihr Umfeld miteinbeziehen und begeistern. Welche Fragen und Bedürfnisse sind es, die uns verbinden? Welche Kompetenzen und Lösungsstrategien können wir aufbringen und teilen? Wie lassen sich Strukturen der Selbstorganisation schaffen, die ALLE mit einschließen und aktivieren? Wie rassistischen, sexistischen und Demokratie-zersetzenden Strukturen begegnen? Wie



▲ Auf dem Comicworkshop beim Abschluss der Wandelwoche Berlin-Brandenburg entstandenes Bild

Foto: Maïke Oelmann

können wir die Rhetorik der Krise und des Verzichts durch eine des »Guten Lebens für alle« ersetzen? Fragend schreiten wir voran und hoffen, mit Touren, Workshops und anderen Veranstaltungen im Wandeljahr 2017 gemeinsam mit allen Interessierten ein paar Antworten zu finden.

love trumps hate?

Das Cover eines Magazins, dessen Namen wir hier nicht weiter verbreiten möchten, berichtete vor einigen Wochen: Donald Trump im Gewand eines Meteoriten, der auszog, die Welt zu zerstören. Entsetzt zog sich durch die Medienlandschaft nach der Wahl des Multimillionärs zum Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika. Wenige Stunden vorher beherrschten Überheblichkeit und Hohn den öffentlichen Ton. Nachdem über Monate das Gerücht über künstliches Haupthaar die Rezeption

im Netz bestimmte, folgten Empörung und Fingerzeig auf offen sexistische, rassistische und diskriminierende Statements und Äußerungen zu politischen Zielsetzungen auf der Bühne des US-amerikanischen Wahlkampfes - häufig ohne Verzicht, die populistischen Tänzchen zu übernehmen und sich in oberflächlicher Arroganz und gutbürgerlicher Blasiertheit in Verallgemeinerungen und kurzfristigen Analysen der Wähler*innenschaft zu ergehen. Welchen ersichtlichen Grund aber gibt es für Überheblichkeit in einem Land, in dem die Alternative für Deutschland (AfD) Landtag für Landtag erobert und offen rassistische, sexistische und diskriminierende Äußerungen den Politikalltag bestimmen? Dass all jene, die mit Kopfschütteln oder Schmunzeln den Wahlkampf in den USA verfolgt und Trump als Witzfigur abgetan haben, sich nun entgeistert die Augen reiben, ist vor allem eines: ein Zeichen dafür,

wie abgeschottet akademische Kreise, politische und Bildungs- und Wirtschaftseliten und Medien von einem nicht unerheblichen Teil der Bevölkerung leben.

Gemeinsame Bedürfnisse auf dem Weg in freies Denken und Selbstbestimmung

All jene als dumm abzustempeln, die sich vom rechten Lager einfangen lassen, ist eine arrogante Haltung, die die Kluft in unserer Gesellschaft verstärken und damit den Zersetzungsmechanismen der neoliberalen Mühle des Kapitals in die Hände spielen dürfte. Auch in der Bundesrepublik herrscht keinesfalls Chancengleichheit qua Geburt. Auch in der Bundesrepublik sind der Zugang zu Bildung und damit auch zum Arbeitsmarkt und Bewegungsfreiheit im Denken und Handeln stark an Herkunft und Ausstattung der Familie

mit unterschiedlichsten Kapitalformen geknüpft. Die Schere zwischen prekär Beschäftigten und Einkommensstarken öffnet sich immer weiter, real oder eingebildet - die Angst vor Armut und sozialem Abstieg treibt immer mehr Menschen um. Diese Angst zu nutzen, um Gemeinsamkeiten aufzuzeigen und für ein Leben in Selbstbestimmung und Solidarität einzutreten, könnte die Aufgabe all jener sein, die als privilegierte Kapitalismus-Kritik üben. Abgrenzung in Sprache und Lebensführung, Exklusivität im Denken, Szene-Codes, akademisierte Diskurse und theoretische Grabenkämpfe...wir scheinen eines verlernt zu haben: den Dialog auf Augenhöhe, den Glauben an emanzipative Gesellschaftsveränderung und den Kampf gegen Vereinzelung und Individualisierung.

Weitere Infos unter:
www.bbb.wandelwoche.org
www.das-kooperativ.org

KOLLEKTIVE BERATUNGSSCHNIPSEL

Heute hier - morgen dort....?

AG
Beratung

...auf das Kleingedruckte kommt es an

Am Anfang der AGBeratung stand der RGW - der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe, eine Berliner Beratungsstelle, die seit 25 Jahren kollektive Projekte aller Art berät. Über die Jahre wurden die Mitglieder des RGW weniger und älter. Das angesammelte Wissen sollte aber nicht verloren gehen und so wurde Nachwuchs gesucht. Das neue Beratungskollektiv entwickelt seine eigene Struktur und Arbeitsweise, kann dabei aber aus dem Erfahrungspool 25jähriger Beratungsarbeit schöpfen. Diese Kolumne erzählt Geschichten aus dem Beratungsalltag.

www.agberatung-berlin.org

»Ich habe nur kurz Zeit heute...«, »Ich habe gleich noch einen Termin...«, »Ich lass' mein Handy mal an, weil...«, »Ich kann jetzt doch nicht kommen, weil...« oder »Ich komme vielleicht oder später, ...!« Nicht selten gehen Beratungstermine so los, bevor auch nur alle vor ihrem Kaffee sitzen. Und aus Gruppen- und Projekttreffen, Plena, Arbeitsgruppen und Initiativen-Treffen wird ähnliches berichtet, sehr angereichert durch die allgegenwärtige Smartphone-Epidemie: ...bin kaum da - muss ich fort! Andererseits lernen wir sie in sehr vielen Projekten als wunderbar engagierte und vielseitige Menschen kennen. Entsprechend ihren verschiedenen Interessen und Talenten gehen sie parallel an diversen Orten, zu unterschiedlichen Themen und in verschiedenen Gruppierungen ihren Leidenschaften, Ideen, Visionen und Kämpfen nach. Die jährlich über 100 Projekte in Selbstorganisation in unseren Beratungen hinterlassen den Eindruck von umfassend und jederzeit vernetzten, kreativen, mutigen und optimistischen Aktivist_innen. Was für ein Luxus!

Regelmäßige Leser_innen der Kolumne ahnen, was nun folgt: wir wollen und können solche sichtba-

ren Gegensätze nicht unkommentiert lassen. Denn das verbreitete und permanente »Multitasking« und die enge Taktung des Alltags der Einzelnen beeinflusst die Strukturen, die Arbeitsweisen, die sozialen Bezüge und somit die Entwicklung von (nicht nur) selbstorganisierten Vorhaben qualitativ und quantitativ. Nicht wenige kennen und wollen ihren Alltag genau so: hier meine Wohngruppe, dort meine Arbeits- oder Kollektivkolleg_innen, woanders meine Politgruppen-Leute, mein Kreis von engen Freund_innen, mein Kulturgrüppchen (Straßentheater, Band oder Chor), meine Zweier- oder Mehrfach-Beziehung, mein Kind und Familie, der kleine Nebenjob, usw., so bunt ist halt das Leben.

Wenn wir versuchen die vorhandenen Gruppenressourcen für die Realisierung der gemeinschaftlich anvisierten Projektziele und inhaltlichen Ansprüche zu ermitteln, tun sich vermehrt genau diese Widersprüche auf. Sicher absolut keine brandneue Erkenntnis, dass die Augen größer sind als der Magen und ohne utopischen Größenwahn hätten wir vieles nicht in Bewegung

gesetzt. Gleichzeitig erfordern die parallelen individuellen Bewegungsmilieus ein sehr aufwändiges Zeit- und Energiemanagement und hinterlassen bei der einzelnen Beteiligung eine funktionale Sicht oder zumindest eine starke Begrenzung der persönlichen Einlassung - gewollt oder ungewollt. Nicht immer, aber immer öfter.

Solidarisches Verhalten, Achtsamkeit, gemeinsame ökonomische Verantwortung, mutige gesellschaftliche oder politische Intervention, abgesehen von hierarchiearmer, antisexistischer, antikapitalistischer oder antirassistischer kollektiver Lebensgestaltung - das alles verlangt Präsenz, Kontinuität, Hartnäckigkeit und vertrauensbildende Experimentierflächen, die wir immer weniger orten können, jedenfalls für längere Zeit, an einem Ort, in einer Gruppe und an einem Gegenstand. So prägt sich auch deshalb folgerichtig in vielen Projekten ein kleinerer »harter Kern« von Leuten und eine größere Schar von Satelliten auf unterschiedlichen Umlaufbahnen aus. Und im Schlepptau drängen Wissenshierarchie, ungleiche Verteilung der Verantwortung, ausgedünnte persönliche

Begegnungszeit, wenig kultivierte Kritik- und Krisenfestigkeit und der Mangel an vorantreibenden Impulsen und umsichtiger Voraussicht unaufhaltsam hinterher.

Alles keine gänzlich neuen Widrigkeiten gemeinschaftlicher Strukturbildung, jedoch eine spürbare Zunahme von dauerhaften Erschwernissen. Erschwernisse, die an bestimmten Punkten selbst die Illusion des Erreichbaren verlöschen lassen.

Die Intensität der »normalen« Alltagsgestaltung für eine sozial und ökonomisch tragfähige individuelle Lebensgrundlage scheint sich für viele erhöht zu haben. Und genauso auch der von uns kultivierte und belebte solidarische und politische Bereich mit gemeinschaftlicher Ausrichtung. Brauchen unsere Projekte neue Formen der Kooperation, müssen wir unsere angestrebten Ziele und Ansprüche verschlanken? Oder machen wir einfach weiter, denn so viel hat sich ja nicht geändert?

Einmal mehr versucht die Kolumne uns notwendig erscheinende Diskurse anzuregen.

Willi Schwarz

NEUES AUS DER WENDLÄNDISCHEN PROJEKTELANDSCHAFT (II)

Anstrengend - und doch ...

Im Wendland gibt es derzeit acht Kommunen, einige neue haben sich in der letzten Zeit gegründet. Fast alle haben eine gemeinsame Ökonomie. Übergreifend gibt es unter den Kommunen im Wendland den »freien Fluss« von Dingen, Produkten, Werkzeugen und Fähigkeiten ganz ohne Verrechnung untereinander. Seit gut fünf Jahren gibt es uns, die »Kommune Volzendorf 13«. Was bei uns alles so geschehen ist, wie unser Entwicklungsprozess war, habe ich in meiner ganz subjektiven Sichtweise aufgeschrieben.

BRITTA HABENICHT
KOMMUNE VOLZENDORF 13

Im Winter 2014/2015 haben wir oft viele lange Stunden in Orga- und Sozialplena zusammengesessen und uns immer wieder gefragt: »Warum läuft es nicht rund?«, »Warum geht es nicht vorwärts?«, »Warum fühlen wir uns jeweils von den anderen mehr ausgebremst als unterstützt?«, »Wie kommen wir an neue Leute?«, »Und welche neuen Leute wollen wir eigentlich?«, »Was wollen wir überhaupt hier, was sein und werden?«. Die einen wollen mehr Struktur, die anderen mehr kreatives Chaos. Wie soll das zusammengehen? Fragen über Fragen, viele anstrengende Runden, einige böse Worte und viel Schwere waren da. Irgendwie ging es uns allen nicht richtig gut miteinander...

Und rückblickend betrachtet hatten wir es tatsächlich nicht so leicht in jenem Winter. Wir haben einen unserer Mitkommunarden in den Tod gehen sehen. Er war Vater von drei Kindern bei uns, Mitbegründer der Kommune hier vor fünf Jahren, Künstler, kreativer, chaotischer, humorvoller Punk-Anarchist. (Ist jetzt meine Beschreibung von ihm, weiß nicht wie er sich beschreiben hätte!) Über ein Jahr lang waren wir eingebunden in das Bangen und Ringen um Leben und Tod von ihm. Krebs, OP und Chemos, immer wieder ins Krankenhaus und nach Hause. Das war für uns alle auf verschiedene Weise kräftezehrend. Anstrengend war auch zu wissen, dass er eigentlich nicht mehr zufrieden gewesen war in unserer Grup-

pe und sich mehrfach äußerte, dass er gar nicht mehr bei uns wäre, wenn er nur die Kraft hätte wegzugehen. Und dennoch haben wir ihn mitversorgt und mitgepflegt bis zum Ende. Emotional nicht leicht zu verarbeiten. Und dann ist er bei uns gestorben, im Zimmer über unserer Küche. Es dauert lange bis jemand das Leben loslassen kann, vielleicht auch bis die Lebenden den Sterbenden loslassen können. Ich habe das erste Mal einen Toten gesehen.

Dann wurden wir noch weniger in unserer Gruppe. Viele dachten in dieser Phase darüber nach, auszusteigen. Kurze Zeit stand sogar im Raum, ob wir als Kommune überhaupt weiterexistieren können/sollen/ wollen. Aber dann haben uns doch »nur« zwei verlassen. Schwere beim Abschied, aber doch vielleicht auch ein bisschen Erleichterung: Die beiden waren doch auch oft unzufrieden, haben sich still oder laut über Sachen geärgert. Auch das strengt an und blockiert.

Die kulturelle Landpartie

Dann im Mai 2015, ganz kurz nach dem Tod unseres Kommunarden, schafften wir es trotz alledem bei der »Kulturellen Landpartie« mitzumachen, die jedes Jahr im Wendland stattfindet. Zehn Tage öffneten wir Haus und Hof. Die Bilder unseres verstorbenen Künstlers wurden ausgestellt, in einer Finissage wurde er gewürdigt. Dazu hatten wir Konzerte, Feuershow. Wir backten bis zu 150 Pizzen je Abend. Wir bekamen viel positives Feedback zu unserem Thema »Einfach selber machen« mit Workshops und Ausstellung. Plötzlich waren ganz viele Leute bei uns. Und »plötzlich« kam wieder frischer Wind zu uns: Eine Freundin zog mit ihrem Bauwagen als Wochenend-Station (und Gästewagen für uns) zu uns und es kam eine Gruppe, die sich für unser Nachbarhaus interessierte, um dort doch tatsächlich auch noch eine Kommune, die V9, aufzubauen. (siehe CONTRASTE Nr. 386). Eben hatten wir also noch fast ans Aufhören gedacht, schon sollten wir zwei Kommunen in einem Dorf werden?!!



▲ Vorgesorgt - Ein Holzstapel der Kommune V13

Foto: Contraste

Es gab zwei Perspektiv-Wochenenden für beide Kommunen gemeinsam, mit der Kerngruppe der neuen Kommune, uns »Alten« und einigen neuen Interessierten. Wieder viele Runden darüber, wer was gerne will und wer was denkt. Für mich persönlich ein eher anstrengendes Unterfangen, so viel zu reden; kraftzehrend. Aber auch daraus hat sich wieder Vieles ergeben. Ein Kommunarde der neuen Kommune zog erst einmal bei uns ein, bis die neue Kommune anfangen würde. Dann kam ein Herbst mit Apferlente und ein Winter, in dem wir immer noch nur mit fünf Kommunard_innen zusammenhockten. Zu wenige, um entspannt das Heizen zu regeln, das viele Holz zu machen, die Kochdienste zu übernehmen. Aber ein Winter mit der Aussicht, im Frühjahr Zuwachs zu bekommen.

Kommen und gehen

Seit Anfang letzten Jahres sind die »Neuen« bei uns. Zu uns zogen drei Menschen, zwei Große und ein Baby, im Haus nebenan waren es richtig

viele. Alles wurde plötzlich einfacher, lebendiger. Der Frühling kündigte sich an, es gab genug Menschen für den selbstversorgenden Alltag. Viele Projekte wurden wieder oder neu gedacht, die Solawi (Solidarische Landwirtschaft) der Nachbarkommune startete. Am Weltfrauentag machten wir eine Aktion auf dem Dorfplatz mit Frauen aus den Kommunen und aus dem Dorf. Unser Pizza-Abend läuft beständig, freitags werden 30 Brote gebacken, Dienstags gibt es eine Yoga-Gruppe, eine Politgruppe liest Texte gemeinsam und im April startete der von uns ins Leben gerufene Dorf-Chor, mit einigen Menschen aus dem Dorf und einigen aus den Kommunen. Die »Kommune Volzendorf 13« ist wieder in Bewegung.

Dann seit Herbst bahnt sich wieder ein Auszug an. Wieder gab es viele Plena und Runden, in denen wir gemeinsam versuchen zu verstehen, was passiert ist, warum wir nicht gemeinsam weitermachen wollen oder können. Die Abschiede sind kompliziert, anstrengend und schmerzlich. Verletzungen und Anschuldigungen

stehen im Raum. Vielleicht ist das eine typische Sache an Kommunen, das »Sich-auseinandersetzen-müssen« mit den verschiedenen Auffassungen von Wirklichkeit, vom Umgang miteinander, vom So-leben-wollen, immer den Spiegel vorgehalten zu bekommen über das eigene Verhalten. Das ist anstrengend, auf alle Fälle, aber ich habe die Vorstellung, dass wir gegenseitig davon lernen und unsere Ängste, Sorgen, Vorurteile und »Macken« nicht mehr so fest stehen und weniger schwer wiegen.

Und natürlich geht unser Alltag weiter: wir kochen, heizen, machen Holz, arbeiten außerhalb, backen Brot, haben unsere Yoga-Abende, den Chor, Polit-Abende, die Pizza-Abende; haben jede Menge Äpfel gesammelt und gepflückt, Gemüse geerntet, Sauerkraut gemacht, sitzen zusammen in der Küche, lachen und weinen zusammen, kümmern uns um die Kinder... der ganz normale Alltag einer Landkommune eben ...

Kontakt zur Kommune Volzendorf 13:
info@kommune-volzendorf.de

WABOS E.V. SOLL BLEIBEN

Mehr Beton für alle?



▲ Die Bauwagen der Osnabrücker Wagenburg sind kaum auszumachen zwischen den Bäumen, von denen viele gerodet werden sollen. Foto: WabOS e.V.

Die Wagenburg Osnabrück ist durch die Bebauungspläne der Stadt bedroht. Am Dienstag den 20.12. überreichten sie dem Oberbürgermeister Wolfgang Griesert etwa 7.500 Unterschriften von Unterstützenden für den Erhalt des Geländes.

ULRIKE KUMPE
REDAKTION BERLIN

Geht es nach den Osnabrücker Stadtplanenden ist bald Schluss, mit dem seit 19 Jahren existierenden Wagenplatz Osnabrück. Auf ihrem Gelände Am Hirtenhaus (Finkenhügel), dass sie als Verein von der Stadt gepachtet haben, sollen eine Reihe von Wohnblocks entstehen. Osnabrück ist eine wachsende Stadt. Auf der stadteigenen Webseite wird vermeldet, dass Osnabrück noch nie so viele Einwohner hatte. Leider ist dies wieder ein Anlass alternative Wohnprojekte zu vertreiben. Mit einer Online Petition und drei Infoständen haben die Wagenplatzbewohner Unterschriften gesammelt.

Am Dienstag dem 20.12. übergaben sie diese dem Osnabrücker Oberbürgermeister Wolfgang Griesert. Daran teilgenommen haben fast alle Bewohner*innen des Platzes und zwei der vielen Unterstützenden sind extra zu dem Termin aus dem Umland angereist. Für die Übergabe haben sie extra einen Miniaturbauwagen angefertigt, in dem die etwa 7.500 Unterschriften für den Erhalt des Platzes übergaben.

Gestern hat nun die Bürgerbeteiligung für die Bebauung ihres gepachteten Grundstücks mit der amtlichen Ziffer 616 begonnen. Klaus von WabOS berichtet: »Sie haben erst die falschen Pläne online gestellt, bei denen wir gar nicht vorgesehen waren, so was frustriert. Es musste dann ein Mitbewohner extra nochmal los, damit die richtigen Pläne online gehen.« Auch wenn sie in diesen Bebauungsplan integriert sind, freuen sie sich nicht gerade. Der Wagenplatz läge dann zwischen dreistöckigen Häusern und einer Straße. Außerdem merken die Bewohner*innen des WabOS kritisch an: »dass es laut der kleinen »alterna-

tiven« Blase im ausliegenden Bebauungsplan zwar so aussieht, als ob wir einfach von Häusern und Straßen umsäumt. Tatsächlich wäre es aber so, dass unsere Fläche ungefähr zur Hälfte von Regenrückhaltebecken, Straßen und Häusern überbaut würde und sämtlicher natürlicher Sichtschutz wie Hecken verschwinden, nicht zu erwähnen die dann nötige Rodung eines großen Teils des Großbaumbestands wie er seit Langem bei uns auf dem Platz existiert.«

Die Bewohner*innen werfen der Stadt Osnabrück in ihrer Presseerklärung außerdem vor, dass sie auf Kapitalverwertung zielt und durch stetigen Zuzug versucht die leeren Stadtkassen zu füllen. Den Plänen der Stadt haben sie ein eigenes Konzept entgegengestellt. Sie sind der Ansicht, dass es »der stetigen Vernichtung von ökologischen Nischen und der fortlaufenden Umweltzerstörung neue Ideen entgegenzusetzen gilt, die auch Fragestellungen nach neuen Wohn- und Lebensformen wie der unseren aufwerfen sollten.« Um ihr konkretes Projekt werden sie

weiter kämpfen und hoffen auf noch mehr Unterstützung.

Infos: <http://osnabrueck-alternativ.de/tag/wabos/>

ANZEIGE

Zeitschrift mit Informationen und Kritik zu Gentechnik und Biopolitik

GID

GID 239

UMSTRITTENER WEIZEN

Aus dem Inhalt:

+++ Hybridweizen vor dem Durchbruch? +++
 +++ Bäcker protestieren +++ Transgener Weizen auf dem Acker +++ Illegaler Weizen +++ Weizen - ein „Killerkorn“? +++

Jetzt bestellen! • 50 S. • 8,50 Euro + Porto

Gen-ethisches Netzwerk e.V.
 030/85 70 73, gen@gen-ethisches-netzwerk.de
www.gen-ethisches-netzwerk.de

GENOSSENSCHAFTEN

ERZEUGUNGS- UND VERBRAUCHSGEMEINSCHAFT, SUCKOW

Auf und Ab einer Genossenschaftsgründung



▲ Grit beim Beladen des Genossenschafts eigenen Kühlwagens.

Foto: Kramer&Kutscher eG

Ein Biobauer, drei Kunden und eine Verkäuferin gründen eine Genossenschaft. Mit der Kramer & Kutscher eG wollen sie auf dem flachen Land in Mecklenburg die regionale Erzeugung von Bioprodukten ankurbeln und stärken. Gesundes Essen aus der Gegend. Ein wirtschaftliches und emotionales Abenteuer.

GERHARD RICHTER,
REDAKTION GENOSSENSCHAFTEN

Auf dem Hof von Petra Mannfeld grast eine Rinderherde. Ein idyllisches Bild in der flachen Mecklenburger Landschaft. Die Kühe leben mit den Kälbern zusammen, ein Bulle passt auf. Die Tiere grasen im Sommer unter freiem Himmel auf den Weiden, im Winter stehen sie im Stall, können aber nach Belieben nach draußen. Den Stallung bringt Petra Mannfeld auf ihre Äcker und Wiesen. So sieht artgerechte Haltung aus und so kann Landwirtschaft im ökologischen Kreislauf funktionieren.

EG-Gründung Anfang 2015

Am liebsten verkauft Petra Mannfeld ihr Fleisch über die Genossenschaft Kramer & Kutscher eG. Wenn ein Tier geschlachtet wird, sagt sie dort Bescheid. Die Verantwortlichen schicken eine Mail an die Kunden der eG und die bestellen, was sie brauchen: gutes Fleisch für gutes Geld. Die Erzeugungs- und Verbrauchsgemeinschaft hilft den Erzeugern in den Dörfern ringsum, ihr Fleisch, Gemüse, Käse, Milch und Honig dort zu verkaufen, wo es wächst und geerntet wird. Sie bringt Erzeuger und Verbraucher zusammen. Eine Idee, die alle toll finden. Alle, die im Februar 2015 gemeinsam die Kramer & Kutscher

eG Erzeugungs- und Verbrauchsgemeinschaft gegründet haben. Die eG hat mittlerweile 39 Mitglieder. Die Einlage beträgt mindestens 200 Euro.

Zu Beginn betreiben vier fest angestellte Mitarbeiterinnen einen Höfeladen, ein Café und einen Lieferservice. Jeden Freitag bekommen ca. 25 Kunden ökologisch angebautes Obst und Gemüse nach Hause geliefert, dazu noch andere Bioprodukte aus dem Sortiment des Ladens. Die Kunden bestellen im Online-Shop. Eine Liefertour ist 300 Kilometer lang. Angefahren werden Dörfer im Umkreis von 50 Kilometern. Suckow ist der Sitz der Genossenschaft am südlichen Rand Mecklenburg-Vorpommerns. Ein Dorf auf dem platten Land zwischen von Abwanderung geplagten Kleinstädten. Die mobilen, gebildeten Leute ziehen weg. Eine handvoll Stadtflüchter aus Berlin und Hamburg bilden eine Kulturenklave.

Zur Vorgeschichte

In Drenkow, einem Nachbarort Suckows betreibt Katinka Hartmann im Jahr 2014 das Café 7, einen Hofladen neben dem SiebenGiebelHof. Auf dem Demeterhof hält die Jungbäuerin Ve Spindler Kühe. Hartmann verkauft deren Produkte, Ruhner-Bergkäse, Rohmilch und Quark, die nebenan liebevoll hergestellt werden. Dazu selbstgebackenes Brot, Kuchen und Kaffee. Ein Treffpunkt für die ökologisch-aktive Szene auf dem Dorf. Hier werden Geschichten getauscht und Träume gesponnen. Die Idee eines Lieferservice ist nicht totzukriegen.

Im Frühjahr 2014 startet Hartmann eine Umfrage unter ihren Kunden. Direkt im Café und online. Es kristallisiert sich heraus, dass tatsächlich ein Bedarf an mehr regionalen Lebensmitteln besteht. Die Idee wird immer konkreter und ist von Anfang an verbunden mit dem Wunsch, solidarisch mit den Landwirten zu wirtschaften. Eine kleine Gruppe diskutiert verschiedene Modelle. Möglich wäre eine Kooperative nach dem Muster der Solidarischen Landwirtschaft: Die Verbraucher bezahlen ihre Waren im Voraus, mit dem Geld können die Landwirte ein Jahr lang sicher und verlässlich wirtschaften. Dieses Konzept – glauben die Aktivisten – funktioniert eher in Ballungsräumen, weniger im ländlichen Raum.

Kostendeckend arbeiten

Irgendwie wollen die Kunden – auch das ein Ergebnis der Befragung

– vor allem eine Dienstleistung. Sie wollen und können gar nicht soviel selber machen. So kommt die Genossenschaft ins Gespräch. Hier gibt es eine definierte Gemeinschaft. Mitgestaltung und Mitsprache sind möglich. Und die ganze Unternehmung muss »nur« kostendeckend arbeiten, nicht gewinnbringend.

Zeitgleich zu den Überlegungen der Ökoaktivisten im Café 7 schreibt das Land Mecklenburg-Vorpommern 2014 einen Ideen-Wettbewerb aus. Gesucht werden Konzepte zur Sicherung der Nahversorgung in zentrenfernen ländlichen Räumen: Mobile Nahversorgung. Katinka Hartmann formuliert die Idee zu einem Konzept und reicht es ein – und sie gewinnt eine Prämie von 73.000 Euro. Fünf Leute können ihre Idee realisieren. Eine Biobäuerin, drei Kunden und Hartmann vom Café 7. Zuerst brauchen sie einen Ort, einen Raum, einen Sitz.

Ein Dorf weiter – in Suckow – steht der alte Pfarrhof leer. Ein wunderschönes aber unsaniertes Fachwerkgelände, mit einem großen Obstgarten davor und dahinter. Der Pfarrer mag die Idee, stellt einen Flügel des Gebäudes kostenfrei zur Verfügung, mit der Auflage, die Räume auf eigene Kosten zu renovieren. Grundlage aller Planung sind fundierte Informationen. Mit dem Geld wird Beratung eingekauft. z.B. von Frank Viohl. Er ist ein befreundeter Akteur aus der solidarischen Landwirtschaft und selbst gerade dabei, die »Ökonauten« zu gründen. Die kaufen Äcker und Wiesen, um sie Bauern zum ökologischen Wirtschaften zu geben.

Mit viel Eigeninitiative bringen die Mitglieder den Pfarrhof in Schuss. Mit dem Fördergeld lassen sie ein Logo entwickeln, kaufen ein Warenwirtschaftssystem mit Software-Erweiterungen für Kasse, Packlogistik und Lieferstrecke. Eine Webseite und der Online-Shop entstehen. Die Förderung erlaubt auch die Anschaffung gebrauchter Möbel. Regale für den Laden, Herd, Spülmaschine, Kaffeemaschine, Kühlschränke und -truhen stammen aus Spenden oder vom Gebrauchtmittelmarkt. Genau wie Computer und Drucker und Telefon fürs Büro oder Tische und Stühle fürs Café. Zuletzt kauft die Kramer & Kutscher eG einen Kühltransporter.

Rechtsform gesucht

Die Fragen sind jetzt konkreter: Soll ein Verein gegründet werden? Oder startet Katinka Hartmann als Einzelunternehmerin, so wie es die IHK vorschlägt.

Aber für die studierte Bau- und Kulturmanagerin alleine ist das Vorhaben zu groß. Sie will das Projekt nur gemeinschaftlich umsetzen, zusammen mit Gleichgesinnten. Die IHK warnt aber vor der Gründung einer Genossenschaft, die Schwierigkeiten seien vorhersehbar. Allerdings hatte die IHK nicht unbedingt eine große Kompetenz, was diese Rechtsform angeht.

Aber irgendeine Form brauchte es, um die gemeinsame Vision zu erreichen: Landwirte und Kunden zu verbinden. Ein langes Hin und Her. Die Vorteile einer Genossenschaft liegen u.a. in der Finanzierungsform, weil die Mitglieder mit ihren Anteilen Eigenkapital bilden. Die Anteile sollten aber auch niedrig sein, damit alle mitmachen können. Außerdem ermöglicht die Genossenschaft ein Zwei-Preis-System, bei dem die Mitglieder günstig an Lebensmittel kommen können. Die komplexe Gremienarbeit mit Aufsichtsrat und Vorstand wirkt eher abschreckend.

Erforderliche Entscheidungen

Mittlerweile war es 2015 und das Geld musste ausgegeben werden. Und irgendwann war klar: »Wir machen das jetzt einfach.« Im nächsten Schritt suchte die angehende Genossenschaft einen Prüfverband. Nachdem einige Kandidaten durchgefallen waren, entschieden sich die Akteure für den Prüfungsverband der Sozial- und Wirtschaftsgenossenschaften (PSWG) e.V. Der will »ein grundsätzliches Andersdenken in der Gemeinschaft indizieren.« Das passt zur geplanten Genossenschaft. Mit Hilfe der PSWG hat die junge Genossenschaft ihre Satzung entworfen, und zwar kurz, knapp und überschaubar. Anstatt eines dschungelartigen Regelwerkes steht eine Präambel als Leitbild des künftigen Wirkens. Eine klare Antwort auf die Frage: Was machen wir da eigentlich?

Abgesehen von der Versorgung mit guten und günstigen Lebensmitteln will die Genossenschaft ein soziales Unternehmertum pflegen: »Faires Handeln in wirtschaftlicher, sozialer und menschlicher Hinsicht. Respekt und Achtsamkeit bestimmen den Umgang miteinander und mit unserer Umwelt. Freude im Umgang mit Mensch und Natur sind ein wichtiger Teil ihres Handelns. Ein weiteres Ziel ist die nachhaltige Schaffung von Arbeitsplätzen.«

Plötzlich Verantwortung

Die Besetzung der Gremien war anfangs kein Problem. Drei Gründungsmitglieder lassen sich in den Aufsichtsrat und zwei in den Vorstand wählen. Niemand weiß genau, was auf ihn oder sie zukommt. Und auch später ist einigen nicht ganz klar, worin eigentlich genau ihre Aufgabe besteht. Der Name der Genossenschaft wird beschlossen: Kramer & Kutscher eG.

Aber woher sollte das Geld für Personal kommen, der Umsatz würde das im ersten Jahr nicht hergeben. Katinka Hartmann reicht eine Projektantrag beim Schweriner Sozialministerium ein. Tatsächlich fließen aus der Strukturentwicklungsmaßnahme des Europäischen Sozialfonds 51.000 Euro ESF-Geld in die Genossenschaft. Eine 70-prozentige Förderung von vier Personalstellen, von März 2016 bis März 2017. Das Abenteuer Genossenschaft lernt laufen – auf drei Beinen gleichzeitig: Höfeladen, Café und Lieferservice. Monatelang geht es bergauf, das Sortiment wird größer, die Zahl der Mitglieder steigt.

Kramer & Kutscher vereint viele verstreut lebende Menschen. Nicht alle kennen sich. Das Café bietet einmal im Monat unter den Obstbäumen im Pfarrgarten einen Sonntagsbrunch. Ein

perfektes Landidyll. Aber der Umsatz hinkt der Prognose hinterher. Weil die Kirche keine Umnutzung des Pfarrhofes beantragt hat, darf das Ordnungsamt kein Hinweisschild zum Café genehmigen. Die Sommerurlauber, die von der nahen A24 abbiegen, fahren am Café vorbei. Kleiner Fehler, große Wirkung.

Im Juli 2016 musste eine Kollegin entlassen werden, weil sich das Café, das sie am Wochenende betreute, als unrentabel erwies. Die Öffnungszeiten des Cafés wurden auf Freitagnachmittag reduziert. Sehr schade, denn die Genossenschaft könnte ein Treffpunkt sein für die lokale Szene. Jetzt sind der Einkauf im Höfeladen und der Plausch im Café nur noch freitagnachmittags möglich.

Ernüchterung im Alltag

Eine Kündigung tut weh und die Geschäftsführung muss sich den Vorwurf gefallen lassen, »ruppig« agiert zu haben, im Widerspruch zum Leitbild. Aber anderthalb Jahre nach der euphorischen Gründung und der abenteuerlichen Aufbauzeit kehrt Ernüchterung ein. Eine Genossenschaft agiert nicht auf einer Wolke aus Idealismus, sondern im real existierenden Wirtschaftsraum.

Die ehrenamtliche Gremienarbeit hinkt immer wieder und reißt Löcher in die Planung. Die Umsätze – obwohl sie kontinuierlich steigen – reichen perspektivisch nicht aus, um die vier Personalstellen zu sichern. Falls die Förderung nicht verlängert wird, gibt es ernsthafte Probleme. Die Genossenschaft hat in ihrer jetzigen Besetzung monatlich 12.000 Euro Kosten, die sie selber decken muss. Alternativen sind: Stellen kürzen und ehrenamtlich weiterarbeiten. Oder neue Fördermittel finden.

Vor zwei Wochen ist ein Vorstand zurückgetreten, gerade mal zwei Wochen, nachdem er sein Amt angetreten hat. Er könne seine Aufgabe nicht ausfüllen, war seine Begründung. Dabei kennt er sich mit Zahlen aus, kann analytisch und wirtschaftlich denken. Er wusste nicht genau, worauf er sich einließ, vor allem angesichts der immensen Verantwortung, die er plötzlich zu tragen hatte. Ein paar Tage später tritt eine Aufsichtsrätin zurück, ihre Begründung war ähnlich. Wieder dreht sich das Gremienkarussell.

Die letzte Generalversammlung dauert acht Stunden. Der Beamer wirft beunruhigende Zahlen auf die Wand des Cafés. Ganz neue Fragen werden diskutiert. Was geschieht im Fall einer Insolvenz? Wer haftet? Die großen Summen, die anfangs Mut machten und Euphorie auslösten, machen plötzlich Angst. Welche Macht haben Zahlen? Welche Kraft haben Stimmungen? Eine Vision steht auf dem Spiel. Die Lager sind geteilt: Gas geben oder Reißleine ziehen? Anpacken oder abhauen?

»Gas geben« oder schließen

Ebenfalls in Frage steht das gewählte Rechtskonstrukt der Genossenschaft, das vielleicht doch nicht ideal war. Es hat sich gezeigt, dass die Bereitschaft zur Mitarbeit begrenzt ist, dass das gemeinschaftliche Umsetzen hapert, dass sehr wohl viele bereit sind, Anteile zu zeichnen und ihre Meinung in der Generalversammlung zu äußern. Was aber teilweise fehlt, ist die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen und tatkräftig mitzuhelfen.

Auf dem Hof von Petra Mannfeld grast immer noch die Kuhherde. Wenn sich die Tiere bedroht fühlen, rücken sie näher zusammen.

Weitere Informationen:
www.kramerundkutscher.de

ANZEIGE

Der Kaffee für den täglichen Aufstand!

Zapatistischer Kaffee & Espresso
Solidarische Handel mit aufständischen indigenen Genossen in Chiapas - Mexiko

Café Libertad Kollektiv eG
Stresemannstr. 268 - 22769 Hamburg
Telefon: 040-20906892 * Fax: -93
www.cafe-libertad.de * cafe-libertad@gmx.de

SPIEKEROOGER KLIMAGESPRÄCHE

Wirtschaftswissenschaften vor einer neuen Evolutionsstufe?

Wie müsste eine Wirtschaftswissenschaft beschaffen sein, die Prozesse fördert, um ein menschenwürdiges Überleben auf dieser Erde zu ermöglichen? Das war die Leitfrage der 8. Spiekerooger Klimagespräche. Den Gesprächen war ein Manifest vorausgegangen, das 32 kritische Wissenschaftler*innen unterschrieben haben.

GESA MASCHKOWSKI,
REDAKTION GENOSSENSCHAFTEN

Die Ziele der 8. Spiekerooger Klimagespräche waren ehrgeizig. Sie sollten mehr als Reflektion, Austausch und Vernetzung ermöglichen. Es ging auch um die Frage, wie die kritischen Denker*innen, Strömungen und Netzwerke unter den Wirtschaftswissenschaften mehr Schlagkraft und Präsenz bekommen. Denn bislang dominieren an Universitäten die neoliberalen Schulen, die sich in einem Teufelskreis der Selbstverstärkung kontinuierlich neu generieren: Etablierte Vertreter*innen prägen die Lehre. Sie stellen die Gutachter*innen bei Publikationen und Forschungsanträgen.

Auch in Berufungskommissionen üben sie ihren Einfluss aus und sorgen auf diese Weise wieder für den Erhalt der neoliberalen Forschung und Lehre. Derartige rückwärtsge wandte Strategien konnte man erst jüngst beobachten an der Universität Oldenburg. Hier wurde durch Kursänderungen im Berufungsverfahren die Berufung des Postwachstumsökonom Niko Paech vereitelt. Er lehrt nun im neuen Masterstudiengang Plurale Ökonomik der Universität Siegen.

Neue Inhalte und Strukturen

Die neue Wirtschaftswissenschaft muss demnach nicht nur über neue

Inhalte nachdenken, sondern auch über neue Strukturen und eine stärkere Institutionalisierung. Die Organisator*innen der Klimagespräche um Prof. Dr. Reinhard Pfriem hatten nun über 30 Menschen aus Universitäten, Institutionen und Bewegungen eingeladen. Sie arbeiteten zweieinhalb Tage in mehreren Arbeitsgruppen an ganz unterschiedlichen Fragen:

- Was ist die Kritik an den Praktiken der herkömmlichen Wissenschaft? Auf welchen Normen beruht diese Kritik?
- Welche Zukunftsthemen sollten im Vordergrund der Forschung stehen und wie sollten sie erforscht werden?
- Welche Schulen, Strömungen, Methoden und Modelle sind eher brauchbar, welche weniger?
- Welche Organisationsformen für ein neues Netzwerk sind hilfreich und notwendig?
- Wie kann das Netzwerk zur transformativen Wirtschaftswissenschaft infrastrukturell organisiert und erweitert werden?

Was ist das rechte Maß?

Zweieinhalb Tage waren natürlich zu kurz, um diese Fragen angemessen zu beantworten. Beispielsweise wurden in zwei Themengruppen Zukunftsfragen und -themen sowie methodologische Ansätze diskutiert. Auf der Wunschliste stehen alternative Betriebsmodelle einschließlich genossenschaftlicher Strukturen und die gesellschaftliche Organisation der Arbeit genauso wie die Frage nach den Herrschaftsstrukturen und -praktiken des alten Systems. Sicher ist: Eine Ökonomie die sich an den Gren-

zen der Erde orientiert, wird in allen Lebensbereichen die Frage beantworten müssen: Was ist das rechte Maß? Wie wird das rechte Maß verhandelt? Welche Akteure müssen beteiligt werden, welche Foren und Institutionen ermöglichen eine Verständigung? Wer überwacht die Einhaltung und was sind die Sanktionen?

Irritierend war für manche die Diskussion um Normen einer neuen Ökonomie. Die Teilnehmenden konnten sich in der Kürze der Zeit nicht auf ein gemeinsames normatives Fundament einigen. Eine neue Bewegung ohne Normen allerdings würde Vielfalt ohne Einheit produzieren und weiter für Orientierungslosigkeit sorgen, warnten einige Stimmen. Jonathan Barth vom Netzwerk Plurale Ökonomik beispielsweise meinte: »Wir haben es heute mit neuen rechten Bewegungen zu tun, wir können uns nicht in die Wissenschaft zurückziehen, wir müssen reale Antworten auf die Krisen unserer Zeit formulieren«.

Auch hier war die Zeit zu kurz, um die Diskussion weiter zu führen. Die Tatsache aber dass darüber gestritten wird, zeigt, dass wir die richtige Debatte führen, betonte Pfriem. Er wertet solche Auseinandersetzungen als produktiven Streit, die den Sinn haben, zu vernünftigen Ergebnissen zu kommen. Diese Diskussion machte deutlich, dass die Institutionalisierung kritischer Wirtschaftswissenschaften vor besonderen Herausforderungen steht. Sie muss den Bedürfnissen und Strukturen von sehr heterogenen Gruppen Rechnung tragen.

Einig waren sich alle Anwesenden, dass die kritischen, transformativen Wirtschaftswissenschaften mehr Sichtbarkeit und Wirksamkeit



▲ Wirtschaftswissenschaftliche Gespräche im Strandkorb auf Spiekeroog

Foto: Gesa Maschkowski

brauchen. Daher soll nun an einem Konzept für ein Zentrum oder Knotenpunkt der kritischen Strömungen gearbeitet werden. Es soll den Zugang zu Ressourcen und zur Wissenschaftspolitik erschließen, neue Forschungsthemen bearbeiten, langfristig die nachhaltige Transformation von Gesellschaft und der Wirtschaftswissenschaften begleiten. Genossenschaftliche Themen in ihren vielfältigen Facetten einschließlich einer BWL der Genossenschaften sollen hier einbezogen werden. Den Aufschlag machen Vertreter*innen mehrerer Institute, darunter das

Wuppertal Institut, das Institut für Ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW), Mitglieder von der Netzwerk plurale Ökonomik und die Cusanus-hochschule.

Normen zur Orientierung

Diese Aufbau-Arbeit wird aber noch viel Zeit und den Input vieler weiterer Akteure benötigen. Es wird also noch ein wenig dauern, bis wir die Wirtschaftswissenschaften haben, in die wir gerne unsere Kinder und Enkel zum Studieren schicken.

UNESCO-BESCHLUSS

Sind Genossenschaften schützenswerte Käfer?

Die Genossenschaftsidee gehört laut Beschluss der UNESCO nun zum »Immateriellen Kulturerbe« der Menschheit. Der sogenannte zwischenstaatliche Ausschuss der UN-Kulturorganisation nahm die Genossenschaftsidee am Mittwoch den 30. November 2016 in der äthiopischen Hauptstadt Addis Abeba in die Liste auf. Ist die dortige Zuschreibung der Genossenschaftsidee auf die Pioniere Friedrich Wilhelm Raiffeisen und Hermann Schulze-Delitzsch aus historischer Sicht korrekt? Besteht nun die Gefahr einer einseitigen Vereinnahmung der Genossenschaftsidee durch vorwiegend konservativ-bewahrende Kräfte?

BURGHARD FLIEGER
REDAKTION GENOSSENSCHAFTEN

Die Vielfalt sich aufdrängender Fragen lässt sich nur unzureichend beantworten. Grundsätzlich ist es erst einmal positiv, dass die Genossenschaftsidee nun zum Immateriellen Kulturerbe der Menschheit zählt. Dies hat das Internationale Komitee für die Erhaltung des Immateriellen Kulturerbes der UNESCO in Addis Abeba bekanntgegeben. Es handelt sich um den ersten Vorschlag dazu aus Deutschland. 2015 hatte die deutsche UNESCO-Vertretung diese Nominierung mit dem Titel »Idee und Praxis der Organisation von gemeinsamen Interessen in Genossenschaften« eingereicht.

Den Antrag stellte die sächsische Hermann-Schulze-Delitzsch-Gesellschaft gemeinsam mit der rheinland-pfälzischen Friedrich-Wilhelm-Raiffeisen-Gesellschaft. Die Initiierung und Vorbereitung erfolgte besonders durch Dietmar Berger, fast 20 Jahre lang der Vorsitzende der Hermann-Schulze-Delitzsch-Gesellschaft. Berger, u.a. stellvertretender Fraktionsvorsitzender für Die Linke im Stadtrat von Chemnitz, wurde rechtzeitig vor der Ernennung »entsorgt«. Die Arbeit daran begann bereits, als die Aufnahme der Genossenschaftsidee in das bundesweite Verzeichnis des immateriellen Kulturerbes erfolgte. Andere wollen sich nun mit diesem Erfolg schmücken können.

Konflikte im Vorfeld

Parallelen gibt es dazu auch mit den beiden deutschen Genossenschaftspionieren. Sie sind weder die einzigen noch die ersten, die Genossenschaftsgründungen initiierten oder schriftliche Ausarbeitungen dazu vorlegten. So wird heute oftmals verbreitet, dass in Delitzsch am 1. Dezember 1849 mit der Schumacher-Assoziation die erste gewerbliche Genossenschaft der Welt gegründet wurde. Die 57 Handwerker taten sich damals zusammen, weil jeder einzelne mit seinem Geschäft nicht überlebensfähig war. Der Jurist Hermann Schulze-Delitzsch beriet die

Schuhmacher bei der Gründung.

Wer sich mit der Geschichte der Genossenschaftsbewegung auseinandersetzt, beispielsweise von Helmut Faust, kann sich in der Vielzahl der historischen Akteure und Schriften verlieren.

Teil der Arbeiterbewegung

Besonders Christiane Eisenberg hat in ihrer Fleißarbeit »Frühe Arbeiterbewegung und Genossenschaften« akribisch die ersten Genossenschaftsgründungen erkundet, die vor der oben genannten erfolgten, z.B. die Berliner Arbeitergemeinschaft zur gemeinschaftlichen Beschaffung von Hemden (Produktiv- und Konsumgenossenschaft). Sie wurde 1848 in Berlin von der Arbeiterverbrüderung gegründet. Auch gab es seitens der Arbeiterverbrüderung schon vorher schriftliche Ausarbeitungen in Form von »Spezialstatuten für die Local- und Bezirkscommittees zur Organisation der Arbeiter. Bildung von Associationskassen und Associationswerkstätten« (02.01.1849).

Sind nun solche historischen Zuschreibungen unwichtig oder unzulässige Vereinnahmungen oder gar der Versuch geschichtliche Zusammenhänge zu verdrängen, um eine einseitige Ausprägung der Genossenschaftsidee auch für die Gegenwart zu proklamieren?

Aus heutiger Sicht sind Hermann Schulze-Delitzsch und Friedrich-Wilhelm-Raiffeisen schon fast als »Revolutionäre« einzuordnen. Sie selbst trugen untereinander einen »Systemstreit« aus, welches Genossenschaftskonzept das richtige sei. Dabei ging es um die Bedeutung und Höhe von Mitgliedsbeiträgen und Geschäftsanteilen, die (Anfangs-) Finanzierung, Haftungsfragen, Ausleihfristen für Kredite, den landwirtschaftlichen Warenhandel als weiteren Geschäftszweck sowie die Verankerung christlich-ethischer Grundwerte in den Genossenschaften.

Raiffeisen, der sich für das Kirchturmprinzip aussprach, würde sich bei den heute international agierenden Genossenschaftskonzernen, die sich auf ihn berufen oder gar seinen Namen tragen, im Grabe herumdrehen. Schulze-Delitzsch würde die Praxis bei den heutigen managementgeführten Genossenschaften, die selbst kein Unternehmen mit dem Geschäftszweck führen, in dem die Genossenschaft tätig ist (Selbstorganschaft), als klaren Verstoß gegen das Genossenschaftsgesetz ansehen und gerichtlich klagen.

Revolutionär aus heutiger Sicht

Insofern eignen sich auch die beiden vermeintlichen »Gründerväter« dazu, weiterhin um den rich-

tigen Weg genossenschaftlicher Entwicklungen und Gesetzgebungen zu streiten. Allein eine Mobilisierung von Werten in Richtung christlicher Fürsorge durch Raiffeisen (Gemeinwohlorientierung) oder die Proklamation der Selbstverwaltung der Mitglieder von Schulze-Delitzsch, gegen die die Novellierung des Genossenschaftsgesetzes von 1973 eklatant verstößt, sind Beispiele hierfür. Erst seit 1973 leitet der Vorstand einer Genossenschaft diese in eigener Verantwortung. Mit der Novellierung wurde unterbunden, dass die Generalversammlung dem Vorstand ausdrücklich Aufträge erteilen oder deren Umsetzung verbieten kann.

Ringen um den richtigen Weg

Insofern lässt sich festhalten: Die Aufnahme der Genossenschaftsidee als »Immaterielles Kulturerbe« ist in der jetzigen Form eine Würdigung von Raiffeisen und Schulze-Delitzsch. Sie ist in dieser Ausprägung eine unzulässige Vereinnahmung und Zuschreibung einer historisch und aktuell erheblich breiter angelegten Idee. Aber auch mit deren Konzepten ist es möglich, sich für eine solidarische und partizipative Gestaltung von Genossenschaften als Organisations-, aber auch als Rechtsform einzusetzen. Auch mit dem Rückgriff auf ihre Ideen lässt sich trefflich für eine humanere Wirtschaft als die vorherrschende streiten.

ÜBER DEN TELLERRAND / RECHTSTICKER

RÜSTUNGSFIRMA HECKLER & KOCH ZEIGTE AKTIVISTEN HERMANN THEISEN AN

Strafbefehl wegen Aufruf zu Whistleblowing

Der Heidelberger DFG-VK-Aktivist Hermann Theisen hat im Frühjahr 2015 einen »Öffentlichen Aufruf zum Whistleblowing an alle Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Heckler & Koch GmbH (Oberndorf am Neckar)« entworfen und diesen als Flugblatt im Mai 2015 zweimal auf dem Firmengelände in Oberndorf an Mitarbeiter des Waffenherstellers verteilt. Darin wurden diese aufgefordert, »die Öffentlichkeit umfassend und rückhaltlos über die Hintergründe der in Teilen illegalen Exportpraxis ihres Arbeitgebers« zu informieren.

JÜRGEN GRÄSSLIN, FREIBURG

Der Finanzinvestor Andreas Heesch, der rund 60 Millionen Euro seines Vermögens in die marode Waffenschmiede investiert haben soll, fungierte zu diesem Zeitpunkt vorübergehend als Geschäftsführer von Heckler & Koch und war offenbar über die Flugblattaktion derart erbost, dass er noch am selben Tag über eine Freiburger Anwaltskanzlei Strafanzeige gegen Theisen erstattete. Im Mai 2016 erließ daraufhin das Amtsgericht Oberndorf einen Strafbefehl über 90 Tagessätze zu je 40 Euro gegen Hermann Theisen. Dem Heidelberger Friedensaktivist wird die öffentliche Aufforderung zu Straftaten und Hausfriedensbruch (§§ 111 und 123 Strafgesetzbuch, § 17 UWG Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb [Verrat von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen]) vorgeworfen. Gegen den Strafbefehl wurde Einspruch eingelegt, womit es nun voraussichtlich im Frühjahr 2017 zu einer öffentlichen Verhandlung vor dem Amtsgericht Oberndorf kommen wird.

Landratsamt Rottweil verbietet Verteilung der Aufrufe zum Whistleblowing

Theisen aber ließ sich nicht einschüchtern. Für den Antikriegs-



▲ Hermann Theisen (rechts) mit seinem Anwalt vor dem Amtsgericht.

Foto: Privat

tag 2016 meldete er beim Landratsamt Rottweil eine Kundgebung vor den Toren der Oberndorfer Waffenschmiede an. In seiner Begründung schrieb er: »Mit der Kundgebung soll auf die in Teilen illegale Exportpraxis der Heckler & Koch GmbH (Oberndorf am Neckar) aufmerksam gemacht werden, und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Rüstungsunternehmens sollen dazu aufgefordert

werden, jene illegale Exportpraxis aufzudecken bzw. der Öffentlichkeit bekannt zu machen.« Zudem wurde angekündigt, während der Kundgebung auch die Aufrufe zum Whistleblowing zu verteilen, was vom Landratsamt Rottweil verboten wurde, da mit den Flugblättern zu Straftaten aufgefordert würde. Gegen das grundrechtsverletzende Flugblattverbot ist eine Fortsetzungsfeststellungsklage (§ 113

VwGO) vor dem Verwaltungsgericht Freiburg anhängig.

Amt weigert sich, Briefe an Kommunalpolitiker weiterzuleiten

Erneut wurde Theisen aktiv. Anfang September 2016 versandte der DFG-VK-Aktivist rund hundert Briefe an die Mitglieder des Gemeinderats Oberndorf und des Kreistags Rott-

weil. Diese waren einzeln adressiert und frankiert und mit dem Vermerk »Persönlich/Vertraulich« versehen. Neben dem Aufruf zum Whistleblowing enthielten die Briefe auch diverse rüstungsexportkritische Unterlagen von »Ohne Rüstung leben« und der Kampagne »Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!« Während die Stadtverwaltung Oberndorf die Briefe entsprechend weiterleitete, übergab das Landratsamt Rottweil Wochen später sämtliche Briefe an den stellvertretenden Leiter der Staatsanwaltschaft Rottweil, Oberstaatsanwalt Dr. Kalkschmid. Auf die Frage, ob er eine richterliche Beschlagnahme der Briefe einholen werde, teilte er Theisen mit, dass es sich »noch nicht um eine Beschlagnahme« handle und er stattdessen in Erwägung ziehe, sämtliche Briefempfänger um Erlaubnis zum Öffnen der Briefe zu bitten.

Nachdem diesem Vorgehen widersprochen wurde, landeten die Briefe – wohlgermerkt ungeöffnet – erneut beim Landratsamt Rottweil. Rechtsdezernentin Mayr sandte diese – gleichsam ungeöffnet – an Theisen zurück. Die Begründung: »Wir bitten um Verständnis, dass Briefe von Privatpersonen nicht an Mandatsträger weitergeleitet werden.« Mit achtenswerter Standhaftigkeit geht Hermann Theisen seinen Weg unbeirrt weiter: Gegen das grundrechtsverletzende Vorgehen des Landratsamt Rottweil ist inzwischen eine Feststellungsklage (§ 43 VwGO) vor dem Verwaltungsgericht Freiburg anhängig.

Weitere Infos zum Straf- und zum Verwaltungsgerichtsverfahren können direkt bei dem DFG-VK-Aktivisten Hermann Theisen erfragt werden: Hermann.Theisen@t-online.de

Zuerst veröffentlicht in »Zivilcourage«, Ausgabe 5/2016

Lehrfilme zum Umgang mit Repression

Auf dem Klimacamp im Rheinland 2016 wurden mehrere kurze Theaterstücke zum Umgang mit Repression mitgeschrieben. Die kurzen Lehrfilme sind jetzt, neben weiteren Einführungen in kreative Aktionstechniken, auf dem Direct-Action-Kanal der Projektwerkstatt auf Youtube zu finden

<https://www.youtube.com/channel/UCuH9U-3DEearzplYk8Qy80aQ>

Klage gegen verdeckte Ermittler_innen

Am 29. August 2016 reichte eine Person, die von den verdeckten Ermittlungen der LKA-Beamtin Maria Böhmichen betroffen ist, Klage gegen diesen Einsatz ein. Der Arbeitskreis »verdeckte Ermittlungen abschaffen« begrüßte die Klage. Aus dessen Presseinformation: »Es ist nicht nur dieser Einsatz, in dem massiv in die Privatsphäre von vielen Personen eingegriffen wurde. Das Überschreiten von Grundrechten ohne jede Verhältnismäßigkeit hat System und ist vielmehr ekelhafte Normalität des Polizeialltags verdeckt Ermittlender. Allein die Veröffentlichungen zu den drei Hamburger Ermittlerinnen Iris Plate, Maria Böhmichen und Astrid Oppermann der vergangenen zwei Jahre zeigen das Ausmaß von Bespitzelungen und wie weit die Eingriffe

ins Privatleben von Aktivist_innen gehen. Unter falscher Identität und mit dem Auftrag der »Gefahrenabwehr« sind verdeckte Ermittler_innen jahrelang Freundschaften und gar sexuelle Beziehungen eingegangen, mit dem Ziel, möglichst viele Erkenntnisse über die linke Szene zu sammeln. Der Repressionsapparat behauptet, der Einsatz der Beamtin Böhmichen hätte ausschließlich zum Zwecke der Gefahrenabwehr stattgefunden und sich ausschließlich gegen Strukturen aber nicht gegen konkrete Personen gerichtet.«

Infos unter: <http://veabschaffen.blogspot.de/>

Arrogantes Anwaltshandeln

Krasser Fall in Nürnberg: Verhandelt wurde über eine Person, die wegen einer vermeintlichen Tat schon ein Jahr in der forensischen Psychiatrie festgehalten wurde. In den Gerichtssaal wurde sie mit Fußfessel und an den Bauch gefesselten Händen geführt. Der Pflichtverteidiger blieb in einer anderen Reihe sitzen und würdigte den, den er verteidigen sollte, kaum eines Blickes. Als das Gericht dann entscheiden wollte, den Angeklagten aus seinem eigenen Verfahren auszuschließen, stimmte der Anwalt sogar zu. Einen Laienverteidiger, den die angeklagte Person einforderte, lehnte das Gericht ab – und wieder blieb der Anwalt stumm. So geht Dienst nach Vorschrift

REPRESSIONS- UND RECHTSFÄLLE

– menschenverachtend, wie das ganze Justizwesen. Sicherlich agieren nicht alle Anwalt_innen so, aber die Tendenz, die eigenen Mandant_innen nicht ernst zu nehmen, ist weit verbreitet.

Ergänzung oder Alternative: Laienverteidigung

Was wenig bekannt und von Anwalt_innen bzw. vielen Rechtshilfegruppen systematisch verschwiegen wird: Um eine_n Andere_n im Strafverfahren verteidigen zu können, muss mensch nicht Anwalt_in sein. Nach § 138, Abs. 2 der Strafprozessordnung (StPO) kann das jede Person. Das Gericht muss allerdings zustimmen und sich vorher von Rechtskunde und Vertrauenswürdigkeit überzeugen. Das ist inzwischen aber oft gelungen und schafft Qualitäten, die in der Standardverteidigung nicht möglich sind: Unterstützung durch eine Person (oder sogar durch mehrere, bis zu drei sind möglich), die die angeklagte Tat selbst kennt oder dabei war. Unkontrollierter Briefverkehr und Zugang in Gefängnisse und Psychiatrien durch persönliche Bekannte. Aktenzusendung an die_en Laienverteidiger_in mit der Möglichkeit, diese zu kopieren oder einzuscannen. Intensive Vorbereitung eines Prozesses durch intensiveren Kontakt zur betroffenen Person.

In den letzten Monaten hat

es etliche Laienverteidigungen im Zusammenhang mit Prozessen wegen Braunkohleprotesten, Aktions-Schwarzfahrten und Containern gegeben. Erstmals gelang es, den freien Zugang zu einer forensischen Psychiatrie durch ein (Laien-)Verteidigungsmandat zu erkämpfen und damit sogar ein Besuchsverbot zu pulverisieren.

Mehr Informationen auf www.laienverteidigung.tk.

Gefängnisse abschaffen? Ein Gefängnisdirektor sagt: Ja!

Inzwischen ist er von etlichen Magazinen interviewt und seine Thesen im Fernsehen vorgestellt worden: Thomas Galli, Gefängnisdirektor im sächsischen Zeithain, sieht im Knast eine »überholte gesellschaftliche Institution«. Und fügt im Vorwort zu seinem Buch »Die Schwere der Schuld« (2016, Verlag Das Neue Berlin, 191 S., 12,99 €) an, im Gefängnis »manifestiert sich eine ungerechte, unvernünftige und oft unmenschliche Verteilung der Schuld«. Seine Position unterstreicht er anhand etlicher Fallbeispiele der inhaftierten Menschen, die er kennengelernt hat. Und dabei bemerkt hat, wie wenig Gefängnisse ihren Insassen und der Welt draußen helfen kann. Die Geschichten sind sehr persönlich geschrieben und kommentiert – eher ein Lese- denn ein Sachbuch, aber mit deutlich kritischer Positionierung.

Einige Medien haben die Position von Galli bereits aufgegriffen und teilweise noch deutlichere Formulierungen von ihm veröffentlicht. Deutlich drückte sich der gefängnisleitende Knastkritiker in einer Rede am 2.2.2014 in Tutzing aus. Er habe gelernt, »dass ein Ausleben des Vergeltungsdranges auf staatlicher Ebene oft keine Probleme löst, sondern neue schafft«. Die Probleme lägen woanders: »Mancher Straftäter hat einen besseren Charakter als mancher Mensch, der nie gegen das (Straf-)Gesetz verstößt, sondern sich vielleicht die Gesetze zu Eigen macht, um seine Interessen auf Kosten Anderer durchzusetzen.«

Zwangsräumung in Berlin verhindert

Am Morgen des 24. November 2016 konnte im Berliner Wrangelkiez dank der Solidarität von 150 Nachbar_innen und Aktivist_innen die Zwangsräumung eines Mieters verhindert werden. Der Mieter wohnte bereits 31 Jahre in der Wohnung. Vor einem Jahr hatte die »Düsseldorfer und Berliner Grundvermögen GmbH« das Haus gekauft und sofort ein Räumungsverfahren eingeleitet, um die Wohnung anschließend teuer weitervermieten zu können. Das wurde nun zumindest vorläufig verhindert.

Infos unter:

<http://de.indymedia.org/node/11212>



SOLIDARISCHE KLINIK THESSALONIKI

Selbstorganisation funktioniert



▲ Die Solidarische Klinik bei vio.me, hier probieren sie ein neues Konzept aus. Links das veränderte Logo der Solidarischen Klinik Thessaloniki.

Foto: Giovanni Lo Curto

Am Rande der 2. Euromediterranean »Workers Economy« Konferenz in Thessaloniki besuchten Aktivist_innen der radikalen linken |berlin im Rahmen der »gewerkschaftlichen Reisegruppe gegen Spardiktat und Nationalismus« die solidarischen Kliniken in Thessaloniki und sprachen mit Dimitris, einem der Ärzte.

ULRIKE KUMPE, REDAKTION BERLIN

Inzwischen gibt es in ganz Griechenland solidarische Kliniken, wie seid ihr entstanden?

Vor einigen Jahren gab es einen Hungerstreik von Migrant_innen ohne Aufenthaltspapiere. Einige Menschen mit medizinischer Ausbildung haben sich dann zur politischen und medizinischen Unterstützung des Streiks getroffen. Dieser Streik war letztendlich ein Erfolg. Danach wollte ein Teil dieser Menschen auch das Gesundheitssystem in Thessaloniki unterstützen. Zu dieser Zeit gab es ein großes Problem mit nichtversicherten Menschen. Also Leute, die vom staatlichen Gesundheitssystem auf Grund von Arbeitslosigkeit ausgeschlossen waren.

Was bedeutet vom Gesundheitssystem ausgeschlossen? Ist das immer noch so?

Diese Leute konnten sich weder ambulant, noch in Krankenhäusern, behandeln lassen. Sie mussten jede Behandlung und alle Medikamente selbst bezahlen. Aus dieser Idee entstand dann die solidarische Gesundheitspraxis in Thessaloniki. Bis vor etwa einem Jahr haben wir fast ausschließlich solche, von der Gesundheitsversorgung ausgeschlossene, Menschen behandelt. Wichtig für die Praxis war immer, dass wir von den Menschen nie irgendwelche Beweise verlangt haben. Wir versuchen mit ihnen eine Vertrauensbeziehung aufzubauen. Falls also jemand behauptet, er oder sie sei nicht versichert, reicht uns das aus. Er oder sie konnte dann kommen und sich behandeln lassen.

Vor einem Jahr wurde dann das Recht, auf Zugang zum Gesundheitssystem für fast alle wiederhergestellt. Menschen ohne Papiere sind allerdings immer noch völlig ausgeschlossen. Für alle anderen besteht jetzt offiziell das Recht, vom staatlichen Gesundheitssystem zu profitieren. Leider ist dies nur theoretisch so. In der Praxis gibt der Staat immer noch genau das selbe Geld für das Gesundheitssystem aus. Vor 3 Jahren wurde also die selbe Summe für 70 Prozent der Menschen ausgegeben, wie jetzt für alle. Das macht so keinen Sinn. Die Menschen bekommen erst nach Monaten einen Behandlungstermin. Es sind also wieder viele Menschen praktisch vom Gesundheitssystem

ausgeschlossen. Das macht es jetzt also sehr schwer zu beschreiben, welche Menschen vom System ausgeschlossen sind. Vorher waren es die Nichtversicherten, jetzt ist es unklar.

Was ebenfalls wichtig ist, dass in Griechenland auch Versicherte oder Menschen die staatliche Unterstützung bekommen, die ihre Medikamente bezahlen müssen. Diese Menschen haben also das Recht auf Gesundheitsversorgung, aber in der Praxis sind sie durch die fehlenden Medikamente ausgeschlossen. Viele von diesen Menschen kommen dann zu uns und lassen sich behandeln, oder erhalten von uns Medikamente.

Wie können wir uns eure Organisation vorstellen?

Die Organisation ist basisdemokratisch, alles wird durch eine offene Vollversammlung beschlossen. Wir versuchen auch, soviel wie möglich im Konsens zu entscheiden. Daher können alle an den Vollversammlungen teilnehmen. Unsere Struktur ist anti-hierarchisch. Derzeit arbeiten in unserer Praxis circa 150 Menschen. Innerhalb der Praxis gibt es Allgemeinmediziner, Psychologen, Zahnmediziner und Physiotherapeuten. Daneben arbeiten viele Leute im Sekretariat und in unserer Apotheke. Daneben gibt es aber auch noch ein großes Netzwerk von Menschen, die sich um die Beschaffung der Medikamente kümmern. Zur Finanzierung der Praxis akzeptieren wir keine Gelder von der EU, vom Staat, der Kirche, Firmen oder irgendwelchen anderen Institutionen, die etwas mit der Krise zu tun haben. Stattdessen werden wir nur von sozialen Gruppen oder Privatpersonen finanziert.

Seid ihr mit anderen Kliniken vernetzt?

In Griechenland gibt es viele solidarische Kliniken mit vielen verschiedenen politischen Konzepten der Funktion und Organisation. Wir haben uns mit einigen solidarischen Kliniken in ganz Griechenland, die eine ähnliche, wenn auch nicht die selbe, politische Richtung verfolgen, vernetzt. Wir haben bewusst den Beschluss getroffen, selbst nicht sehr streng zu sein, mit wem wir uns vernetzen. Wir hatten allerdings einige grundlegende Richtlinien: keine Finanzierung vom Staat, Kirche oder der EU, Autonomie in der Entscheidungsgewalt. Wir treffen uns mit den anderen Kliniken einmal im Jahr und versuchen politisch zu diskutieren, wie alle Menschen theoretisch und praktisch den selben Zugang zum Gesundheitssystem bekommen können.

Aus eurer Geschichte heraus seid ihr ein ganz

klar antirassistisches Projekt. Wie seid ihr mit den Blutspendeaktionen der Goldenen Morgenröte »griechisches Blut für griechische Bürger« umgegangen?

Unsere Praxis hat einen sehr starken antirassistischen und antifaschistischen Charakter. Während der Aktionen der Goldenen Morgenröte haben wir in der kompletten Stadt Plakate gegen ihre Aktionen aufgehängt. Wirklich überall. Wir haben Pressemitteilungen veröffentlicht und uns an den Demonstrationen gegen diese Aktionen beteiligt. Wir haben natürlich auch viel innerhalb und außerhalb der Praxis darüber gesprochen. Also ja, Antirassismus und Antifaschismus sind zentrale Prinzipien unserer Klinik und in anderen Kliniken innerhalb der Vernetzung.

Schafft ihr es, die Menschen, die zu euch kommen zu politisieren?

Was die Menschen aus der Nachbarschaft und der Stadt betrifft, versuchen wir so politisch wie möglich zu sein. Sowohl die Praxis als auch die Umgebung ist voll mit unseren Plakaten. Das zeigt schon mal viel über uns und was wir im Kopf haben. Außerdem gibt es eine Gruppe von Menschen, die in der Praxis arbeiten und die Menschen willkommen heißen. Auch dabei geben wir unsere Prinzipien und Vorstellungen im Zusammenhang mit der Krise und dem Gesundheitswesen an alle weiter. Wir haben ja auch Demonstrationen außerhalb der Krankenhäuser gemacht. Wir haben alle unsere Patient_innen benachrichtigt und sie eingeladen daran teilzunehmen, damit sie sich auch politisch entwickeln können. Allerdings hatten wir bei den Patient_innen keinen großen Erfolg. Während der Krise gibt es leider die Mentalität, dass die Menschen sich hilflos fühlen und nach Hilfe suchen.

Wie ist die Zusammenarbeit mit vio.me?

Mit vio.me ist das eine ganz andere Sache. Innerhalb der Fabrik gibt es ebenfalls eine solidarische Praxis. Die Arbeiter_innen waren von Anfang an stark politisch. Die Praxis wendet sich an die Arbeiter_innen in der näheren Umgebung. Natürlich auch mit einer starken politischen Ausprägung. Das ist wirklich eine ganz andere Sache als mit unseren Patient_innen in der Stadt.

Warum ist die Politisierung gescheitert?

Puh, das ist eine riesige Diskussion. Natürlich wäre die einfachste Antwort, dass wir es

nicht richtig gemacht haben. Man könnte auch denken, dass die Menschen die während der Krise Probleme bekommen, versuchen irgendwelche Lösungen für ihre Probleme zu finden. Aber nach 30 oder 40 Jahren mit der Mentalität, dass du auf einem Sofa sitzt und alle deine Probleme vom Staat gelöst werden und du nur jedes vierte Jahr zu den Wahlen gehen musst und alles weitere wird gelöst, nach so langer Zeit ist es sicherlich nicht leicht zu glauben, dass man seine persönlichen Probleme allein lösen kann. Vielleicht brauchen wir noch mehr Zeit, denn die Mentalität ist nicht so leicht zu ändern, denke ich. Wir müssen politisch sicherlich noch mehr in diese Richtung arbeiten.

Es gibt viele Gruppen unter anderem aus Deutschland, die euch besuchen. Habt ihr das Gefühl, dass es eine Art Revolutionstourismus ist, wie ihn beispielsweise die Zapatisten schon kritisierten?

Es gibt alles. Es gibt Menschen, die einen solchen revolutionären Tourismus zu uns machen, das stimmt oder ist zumindest mein Eindruck, aber es gibt auch andere Gruppen und andere Menschen, die mit einer ganz anderen Mentalität kommen. Die verstehen ganz andere Sachen wenn sie diese Projekte sehen und die helfen dann in ihrem Land auch mit, für die selbe Sache zu kämpfen — egal welcher politischen Richtung sie angehören. Das finde ich auch sehr wichtig. Eigentlich finde ich fast alles sehr wichtig, denn die Menschen müssen herkommen und verstehen, was die Krise genau ist. Dass Menschen an der Krise sterben. Aber noch wichtiger ist, wenn die Menschen verstehen, was hier los ist und in ihrem Land weitermachen. Und natürlich kann man hier auch sehen, wie die Selbstorganisation praktisch funktionieren kann. Das es sehr sehr gut funktioniert.

Infos unter:

<http://www.kiathess.gr/>

Gekürzte Fassung; erstveröffentlicht und in voller Länge unter:
<http://lowerclassmag.com/2016/11/solidarische-gesundheitspraxis>

ANZEIGE



SCHWERPUNKT SELBSTORGANISATION IN GRIECHENLAND



INTERVIEW ZUR AKTUELLEN SITUATION BEI VIO.ME

Dieser Ort ist unsere Seele



▲ Durch die Übersetzung per Radiofrequenz auf der Konferenz bei vio.me konnten die Teilnehmenden zuhören und die Sonne genießen. Foto: Giovanni Lo Curto



▲ Solidarität zeigen: Kapuzis und T-Shirts mit dem Logo von vio.me. Foto: Giovanni Lo Curto

Die Arbeiter von vio.me weiten die Produktion aus. Sie besetzten 2011 die Fabrikhallen, in denen sie zuvor angestellt waren, nachdem die Eigentümer, die Familie Filipou, einfach abgehauen waren. Sie entwickelten ein basisdemokratisches Konzept und eigene Produkte. Die Gefahr einer Räumung ist bis heute nicht gebannt. Durch einen Online-Shop können sie mehr Reinigungsmittel und Seifen verkaufen. Über ihre aktuelle Situation sprachen die vio.me Arbeiter Dimitris und Giorgios mit Contraste.

ULRIKE KUMPE, REDAKTION BERLIN

Bei euch gab es Veränderungen, eine davon ist, dass ihr die Kleberproduktion wieder aufgenommen habt, ein Produkt, das bereits vor eurer Gründung als Kollektiv hier hergestellt

wurde. Wie kam es zu dieser Entscheidung?

Dimitris: Zwei Gründe haben zu der Entscheidung geführt, der Verfassungszweck und die Marktnachfrage. Unserer Betriebsverfassung lässt zu, dass wir auch andere Produkte, als die Reinigungsmittel erzeugen können und dürfen. Es gab kein Hindernis seitens unserer Verfassung. Wir sehen, dass Kleber und organischer Putz verkaufbar sind. Der Markt, also die Kunden und Verbraucher fragen Putz und Kleber nach. Wir haben schon jetzt 1.000 Kilogramm Kleber verkauft. In unserer Betriebsverfassung steht, dass wir hauptsächlich rein biologische Produkte produzieren und verkaufen, aber nicht ausschließlich. Außerdem ist der Putz aus Materialien, die die Energieeffizienz von Gebäuden erhöht.

Geht es darum mehr Arbeit für alle zu haben?

Dimitris: Ja, jetzt ist die Produktion viel größer geworden. Zu dieser Entwicklung hat auch der Online-Shop beigetragen. Und so ist jetzt die Lage, dass alle 22 Arbeiter hier Arbeit haben und auch, dass es externe Mitarbeiter gibt. Sie liefern mit dem Fahrrad unsere Produkte in der Umgebung aus. Zu dieser Vergrößerung der Produktion hat allgemein die Vergrößerung des Solidaritäts-Netztes beigetragen. Dazu gehört auch das Netz im Ausland, wie etwa in Deutschland. Dieser Verkauf in ganz Europa durch die Solidaritätsnetzwerke, aber auch der Verkauf unserer Produkte in Griechenland, haben zu dieser neuen Situation beigetragen.

Gibt es für die Lieferanten die Option Teil des Kollektivs zu werden?

Dimitris: Noch sind es Solidaritätsleute. Es steht alles noch nicht so fest. Es gibt den Willen eine feste Lieferstruktur zu etablieren. Wir werden den Vorschlag auf der Generalversammlung machen, dass diese Solidaritätsleute die Möglichkeit bekommen, am Kollektiv teilzunehmen.

Giorgios: Man sollte aber nicht vergessen, dass es die Gefahr der Versteigerung gibt. Und es keine Sicherheit gibt, dass unsere Produktion weiterläuft. Es gibt weiterhin die Bedrohung, jeden Moment, jeden Tag, jeden Monat kann es hier zu einer Räumung kommen und alle sind weg. Es ist nicht so einfach zu entscheiden. Leute kommt doch zum Kollektiv dazu, arbeitet hier. Es könnten etwa 100 Leute hier arbeiten. Aber wenn es zur Versteigerung kommt, was sollen wir dann den 100 Leuten sagen. Es wäre ein Fehler. Deshalb wollen wir nur langsam wachsen. Es gibt viele solidarische Leute und sie wollen kommen, warum auch nicht.

Warum wurde das Gelände bislang nicht versteigert?

Dimitris: Das ist kein juristisches Problem. Die Versteigerung wurde gerichtlich beschlossen. Es liegt auch nicht an geringem Interesse. Bislang konnte die Versteigerung zwei Mal verhindert werden. Es gibt eine solidarische Bewegung, die zusammen mit den Arbeitern von vio.me den Raum, in dem die Versteigerung stattfinden sollte, blockiert hat. Deshalb hat die Versteigerung bislang nicht stattgefunden. Die Gefahr ist aber nicht weg.

Ihr habt gesagt, dass es täglich zur Räumung kommen könnte. Gibt es einen neuen konkreten Versteigerungstermin?

Dimitris: Es gibt keinen neuen Versteigerungstermin. Der Insolvenzverwalter muss erst wieder ein neues Verfahren eröffnen.

Giorgios: Der wirkliche Zweck der Versteigerung ist die Selbstverwaltung durch vio.me zu beenden. Die vorherigen Eigentümer, die Konservativen und Neoliberalen, sie interessieren sich nicht für den Verkauf des Geländes. Beispiele dafür sind, dass es andere Grundstücke gibt, die nicht versteigert werden. Ein Gelände keine 100 Meter von vio.me entfernt für die Herstellung von Auspuffrohren steht leer, und wird nicht verkauft. Außerdem gibt es ein Gelände direkt am Meer, da könnte ein kleiner Hafen entstehen. Auch dieses Grundstück wird nicht verkauft. Ein weiteres Grundstück liegt an der Hauptstraße, auch das wird nicht verkauft. Für dieses Grundstück interessieren sie sich nur, weil wir einfach reingegangen sind und angefangen haben zu produzieren.

Dimitris: Wäre das Kollektiv nicht hier, würde es auch keine Versteigerung geben. Es ist mehr ein ideologischer und politischer Kampf. Es soll verhindert werden, dass es Nachahmer gibt. Sie wollen verhindern, dass es andere Arbeiter auch so machen und bei einer Insolvenz einfach sich den Betrieb nehmen und weiter produzieren.

Unterstützt euch die Syriza-Regierung zum Beispiel durch das Arbeitsministerium?

Giorgios: Wenn Syriza Interesse daran hätte, die Versteigerung zu verhindern, dann hätten sie es getan. Wir warten darauf, dass Syriza einen Gesetzesentwurf verabschiedet, der vio.me legalisiert, aber sie haben es nicht gemacht. Dieser Gesetzesentwurf beinhaltet, dass, wenn eine Firma Insolvenz ist und die Eigentümer einfach weggehen, dass es dann die Möglichkeit für die Arbeiter geben soll weiter zu produzieren. Wir warten immer noch darauf, dass es verabschiedet wird, aber die Regierung hat es nicht gemacht.

Ist es für euch möglich mit der Produktion umzuziehen?

Giorgios: Wir werden arbeiten und produzieren an diesem Ort. Wenn wir geräumt werden, machen wir nicht weiter. Wir sind hier und produzieren hier, weil wir hier unsere Identität als Arbeiter, Kollegen und Produzenten fühlen. Wenn wir irgendwo anders, irgendwas produzieren sollten, Seife oder Kleber, dann haben wir nicht mehr die Identität der Arbeiter und der Kollegschaft und der Freundschaft. Wir wollen diese Identität nicht verlieren. Diese Industrieanlage ist unser Heim und auch unsere Seele. Und wenn wir von hier weggehen, verlieren wir diese Seele. Der Geist der Kollegialität und der Solidarität werden weg sein. Wir wollen nicht irgendwo anders hingehen. Wir denken, dass, wenn wir woanders hingehen müssten, werden wir wie Chefs oder Eigentümer werden und nicht mehr Arbeiter sein.

Ein Teil dieser Seele ist der Kongress, den ihr hier in der Fabrik organisiert habt, was nehmt ihr davon mit?

Giorgios: Es ist noch zu früh, um eine Antwort zu geben. Ich bin gerade vor allem müde, weil ich seit drei Tagen hier bin. Und seit drei Tagen diskutiere, aber ich bin glücklich, dass lebendige Leute mit großer Lust hergekommen sind und mit uns Erfahrungen austauschen.

Dimitris: Es ist wie beim Kongress in Marseille vor zwei Jahren bei fralib. Es gibt jetzt drei Sachen, die der Produktion bei vio.me helfen: Es ist die Solidarität, die Mitarbeit und der Austausch von Erfahrung und Produkten. Die selbstverwalteten Betriebe arbeiten nicht nur politisch und ideologisch, sondern auch konkret bei der Produktion zusammen. Das ist der Gewinn des Kongresses, hier in Thessaloniki.

Konntet ihr selbstverwaltete Betriebe für den Kongress gewinnen, die in Marseille noch nicht beteiligt waren?

Dimitris: Die Betriebe, die vor zwei Jahren in Marseille waren, sind heute auch hier in Thessaloniki. Neu dabei ist zum Beispiel der Betrieb dita aus Bosnien. Außerdem ist Kasova aus Istanbul dazugekommen, sie konnten aber nur über skype teilnehmen, da die Arbeiter kein Visum bekommen haben. Die Vernetzung in Europa funktioniert aber immer besser. Und hinzu kommen Leute, die noch nicht in einem selbstverwalteten Betrieb arbeiten. Aber sie wollen die Idee der Selbstverwaltung in ihren Ländern verbreiten.

ANZEIGE



iz3w ► Zeitschrift zwischen Nord und Süd



Dschihadismus – ihr habt den Tod, wir haben das Leben

Außerdem: Abgesang auf den Freihandel | Diktatur in Thailand | Kuhschutzbewegung in Indien

52 Seiten, € 5,30

www.iz3w.org



Wie ist der Nationalismus zu stoppen?

graswurzel revolution

Graswurzelrevolution Nr. 415, Januar 2017
Wie ist der Nationalismus zu stoppen?
Der faschistische AfD-Flügel. Österreich-Wahlnachlese
US-Anarchisten gegen Trump. Aleppo. Was können wir tun?
Probeheft kostenlos: www.graswurzel.net/service

SCHWERPUNKT SELBSTORGANISATION IN GRIECHENLAND



ANREGUNGEN ZU EINER DEBATTE

Projekte in der Krise

Mit der ökonomischen und demokratischen Krise haben sich viele Menschen entschieden: Ihr Weg ist der von Demokratie, Kollektivität und Solidarität. Selbstorganisierte Ansätze des gemeinsamen Wirtschaftens haben sich vielfältig gegründet, insbesondere in den europäischen Krisenländern. Eine zentrale Frage ist dabei nicht so sehr wie viele solidarökonomische und genossenschaftlich organisierte Betriebe gibt es, sondern wie viele von ihnen beteiligen sich zukünftig aktiv am politischen Prozess Wirtschaft und Gesellschaft neu zu gestalten.

ULRIKE KUMPE, REDAKTION BERLIN

Solidarische Ökonomien und selbstorganisierte Projekte bilden auch weiterhin ein wichtiges Feld des solidarischen Umgangs und der Mitmenschlichkeit. Ihre basisdemokratische Organisation bietet einen Ausblick auf eine der möglichen zukünftigen Gesellschaften. Aktuell befinden sich viele dieser oft jungen Bewegungen und Projekte in einer Phase des Aufbaus des Lernens und der Kämpfe. Es geht um den Aufbau von Netzwerken, dessen Verbindlichkeit sich erst noch beweisen muss. Andere Projekte und Betriebe bestehen heute schon ihre 30 oder 40 Jahre. Sie stehen oft vor einer ganz anderen Herausforderung, nämlich, der ihren Alltag zu gestalten, die betrieblichen Abläufe zu organisieren - im ganz normalen kapitalistischen Wahnsinn zu bestehen und kollektive Organisationsstrukturen zu verteidigen. All dies findet parallel in einem Moment, statt in dem deutlich wird, dass die europäische Stabilität wirtschaftlich und gesellschaftlich zunehmend durch eine aggressive nationalistische Politik von oben kolportiert wird.

Europa am Ende?

Das Projekt Europäische Union war von Anfang an und ist es heute noch, ein Herrschaftsprojekt. Dieses Herrschaftsprojekt navigiert immer stärker an den Rand des Zusammenbruchs, gesellschaftlicher Reichtum wird nach oben und nach Deutschland umverteilt. Fraport ist nur das absurdeste Beispiel für diese Umverteilung. Ein deutscher Staatsbetrieb bekommt die Konzession für 14 griechische gewinnbringende Flughäfen,



▲ Auf der Konferenz bei vio.me gab es so viele Projekte kennenzulernen, da rauchte schon mal mehr als nur der Kopf.

Foto: Giovanni Lo Curto

um die Menge griechischer Staatsbetriebe zu reduzieren. Viele Kosten soll der griechische Staat tragen Entschädigungen für Entlassungen, Entschädigungen für Fraport im Falle von Streiks, selbst Stromkosten für vor Ort befindliche Polizeikräfte an den Flughäfen soll der griechische Staat anteilig an Fraport bezahlen. Die Verlierer*innen sind die Menschen. Viele von ihnen entscheiden sich aber nicht für das solidarische Miteinander sondern für mehr Nationalismus und für Fremdenfeindlichkeit. Separatistische Bewegungen in Europa nehmen

wieder zu. Der sogenannte Brexit ist nur ein Ausdruck davon.

An den Grenzen

Als linke Bewegungspartei ist Syriza zwar Beispiel für die Machtlosigkeit einzelner Regierungen in Europa, sie ist aber auch Beispiel dafür, dass aktuelle Regierungen sich eher auf alt bewährte Strukturen verlassen, als neu entstehende zu unterstützen, die scheitern könnten. Syriza gibt Rentner*innen Weih-

nachtsgeld, Gesetzesvorhaben zur Förderung solidarischer Ökonomien werden nicht umgesetzt. Die solidarökonomischen Betriebe müssen Anknüpfungspunkte zueinander finden, jenseits staatlicher Politik. Denn trotz des Scheiterns Syrizas ist politische Einflussnahme perspektivisch von zentraler Bedeutung auf dem Weg hin zu einer anderen Gesellschaft.

Politische Einflussnahme kann aber nur gelingen, wenn sich mehr solidarökonomische organisierte Projekte und Betriebe aktiv europäisches Netzwerk einbringen.

FREIE WERKSTATT »AGRIO GATA« IN THESSALONIKI

Ein offener Raum

Im Zuge des No Border Camps gründete sich im August 2016 die Gruppe Agrio Gata im Zentrum Thessalonikis. Ihr Anliegen ist es, Geflüchtete und Aktivist*innen zu unterstützen. In ihren Räumen

ANZEIGE

WWW.MELODIEUNDRHYTHMUS.COM

**JETZT AM KIOSK
MELODIE UND
RHYTHMUS**

AUSGABE JANUAR/FEBRUAR/MÄRZ 2017

RECHTE TÖNE

SCHWERPUNKT:
RECHTE TÖNE

MERZBOM | VOUSSEAU N'DORRA | BETH HARTY | BLACKFIELD | WENZEL



▲ Stand für veganes Essen von Agrio Gata bei vio.me

Foto: Giovanni Lo Curto

in der Kosti Palama 12 bieten sie unterschiedliche Aktivitäten an. Die Gruppe besteht aus etwa 30 Aktiven. Momo, einer der Aktiven, sprach mit Contraste.

ULRIKE KUMPE, REDAKTION BERLIN

Momo kommt aus Deutschland. Er ist bereits seit Januar in Griechenland und unterstützte die Geflüchteten bei Idomeni. Eines seiner Anliegen mit Agrio Gata ist es, mehr Aktivist*innen die

Möglichkeit zu geben, zu unterstützen, auch wenn sie vielleicht nur zwei Wochen in Griechenland sind. Wie viele andere Projekte ist das Agrio Gata basisdemokratisch organisiert. Die Vollversammlung findet wöchentlich statt. Durch eine kleine Broschüre können sich neu Hinzukommende über das Projekt informieren. Dort schreiben sie, dass sie sich in erster Linie als offenen Raum verstehen, in dem Menschen Zeit miteinander verbringen können, und Bildung ein

wichtiger Teil ihrer Arbeit darstellt.

Das Agrio Gata bezeichnet sich selbst als eine freie Werkstatt und konzentriert sich vor allem auf die solidarische Küche. »Weil es notwendig ist«, sagt Momo. Außerdem soll es zukünftig die Möglichkeit geben, Gemüse abzuholen. Dazu streben sie eine Zusammenarbeit mit unterschiedlichen Gruppen an. Für die eigene Küche wird vor allem container, um die Mahlzeiten so kostengünstig wie möglich zu halten und die Verschwendung von Lebensmitteln zu reduzieren. Gekocht haben sie auch für die Arbeiter*innenkonferenz bei vio.me. »In Griechenland wird sehr viel Fleisch gegessen, für die Konferenz haben sie uns dann gefragt, ob wir eine vegane Küche anbieten können«, erzählt Momo.

Neben der Soli-Küche bieten sie Workshops, einen Sprachkurs, eine JamSession und einen philosophischen Abend an. Sie engagieren sich außerdem für andere Projekte in der Stadt. Sie gehen unterstützend zu Gerichtsterminen und leisten so einen Beitrag zur Antirepressionsarbeit. Hier arbeiten sie eng mit der Roten Hilfe zusammen, berichtet Momo.

Zudem unterstützen sie weiterhin Geflüchtete. »Ich habe selbst im Orfanotrofeo gewohnt. Da wir vor allem aus der Flüchtlingssolidarität kommen, haben wir viele Kontakte und wollen sie auch weiterhin unterstützen«, sagt Momo. »Für diejenigen, die nicht weiter können, geht es uns darum, ihnen zu ermöglichen, nicht nur rumzusitzen und zu warten.« Deshalb fände Momo es gut, wenn sich bei Agrio Gata feste Arbeitsstrukturen etablieren würden: »Vielleicht können die Leute das Agrio Gata nutzen und irgendwann davon leben, als Genossenschaft, Kollektiv oder einfach frei.«

WIDERSTAND GEGEN FUSION VON BAYER UND MONSANTO

Drohendes Monopol der Agrarindustrie

Mitte September vergangenen Jahres war für das Selbsthilfe-Netzwerk »Coordination gegen BAYER-Gefahren« (CBG) der schlimmste Fall eingetreten: »BAYER übernimmt für 66 Milliarden Dollar Monsanto.« Damit würde der mit Abstand größte Agrokonzern der Welt entstehen. Doch der Widerstand gegen diesen drohenden Monopolisten ist vielfältig.

PETER STREIFF, REDAKTION STUTTGART

Laut Toni Michelmann von der CGB-Geschäftsstelle erreicht mit der angekündigten Übernahme von Monsanto durch BAYER »die Konzentration auf dem Agro-Markt einen neuen Höhepunkt.« Schlüsselemente der Nahrungsmittelkette würden damit in der Hand eines Konzerns liegen. Konkret würde die Fusion laut CBG bedeuten: »Bei den Pestiziden erreichen BAYER und Monsanto zusammen einen Marktanteil von rund 25 Prozent, beim Saatgut für gentechnisch veränderte und konventionelle Ackerfrüchte einen von rund 30 Prozent. Allein die Gen-Pflanzen betrachtet, erreichen die beiden Gesellschaften vereint mit weit über 90 Prozent sogar eine klare Monopol-Stellung.«

Widerstand organisiert sich

Es sei empörend, dass die Übernahme entgegen aller Verbraucherinteressen nun in trockenen Tüchern scheint. CBG, Campact und verschiedene BäuerInnen-, VerbraucherInnen- und Umweltschutzorganisationen rufen daher zum siebten Mal zur »Wir haben es satt!«-Demo am 21. Januar auf (vgl. Kasten).

»Noch ist Baysanto zu verhindern«, ist der Kanadier Pat Mooney überzeugt. Er ist Träger des alternativen Nobelpreises und kämpft trotz schwerer Augenkrankheit seit den 70er-Jahren für die Freiheit des Saatguts. Im Interview mit dem Journalisten Benedikt Härlin für den Informationsdienst Gentechnik sagte Mooney im November: »Noch sind die Riesenzusammenschlüsse nicht in trockenen Tüchern. Es lohne sich, sie zu bekämpfen und Regierungen in aller Welt klar zu



▲ Regisseur Marco Keller mit Kleinbauern bei einer Landbesetzung

Foto: Marco Keller/Agrokalyse

machen, dass solche Riesen Saatgut und Lebensmittel teurer machen, die Landwirte gegen sie aufbringen und den Aufbau oder die Erhaltung einer eigenständigen nationalen Industrie verhindern.«

Mooneys Hoffnung liegt dabei vor allem bei den Regierungen der vier Länder Argentinien, Brasilien, Indien und China, die rund 33 Prozent des weltweiten Pestizidmarktes ausmachen. »Wenn zwei dieser Länder oder andere Kombinationen von Ländern, die einen signifikanten Teil des Marktes ausmachen, ‚nein‘ sagen, dann gibt es keinen Profit für die Anteilseigner«, ist Pat Mooney überzeugt.

Hoffnung auf Wandel von unten

Für Mooney und seine MitstreiterInnen liegt der Schlüssel für

die Ernährung der Weltbevölkerung in der bäuerlichen Landwirtschaft, wofür er zwei Begründungen anführt: Zum einen sei das industrielle System schlicht nicht in der Lage, sich auch nur an die wichtigsten Änderungen – beispielsweise des Klimas – anzupassen. Zudem sei es »schrecklich ineffizient«, denn für jeden Euro, den die VerbraucherInnen in Industrieländern für Produkte der Lebensmittelindustrie ausgeben, »müssen sie mehr als zwei Euro ausgeben, um die Gesundheits- und Umweltschäden derselben Lebensmittelindustriemaschinerie abzudecken«. Das sei so, weil es 40 Prozent des Essens gar nicht auf unsere Tische schaffen und weitere 25 Prozent, die es auf den Tisch geschafft haben, am Ende weggeworfen werden.

Dagegen sei es inzwischen

nachgewiesen, dass Kleinbäuerinnen und Kleinbauern tatsächlich mit etwa 70 Prozent die meisten Lebensmittel der Weltbevölkerung produzieren, erläutert Mooney weiter: »Die bäuerliche Landwirtschaft ist das bessere System für unsere Lebensmittelerzeugung, weil es am flexibelsten reagieren kann, die meiste Vielfalt beinhaltet und sich am schnellsten an sich ändernde äußere Bedingungen anpassen kann.«

Reise ins Herz der Konflikte

Doch diese traditionelle und dennoch flexible Form der Herstellung von Lebensmitteln ist bedroht, wie beispielsweise ein aktueller Dokumentarfilm aus Brasilien zeigt: »Agrokalyse – der Tag, an dem das Gen-Soja kam« erzählt die Geschich-

te einer Reise »ins Herz der Konflikte zwischen Menschen und Milliardengewinnen« und verfolgt den Weg der brasilianischen Sojabohne bis zu ihrem Ende als Tierfutter. In sehr persönlichen Porträts wird gezeigt, wie dabei die UreinwohnerInnen Brasiliens von ihrem Land vertrieben werden, damit es immer mehr industrielle Anbauflächen gibt. Bis zu zwölf Kilogramm Soja oder Getreide muss man verfüttern, um daraus ein Kilogramm Fleisch zu gewinnen. Gleichzeitig begleitet die Kamera den Tofuhersteller Wolfgang Heck, der seit über 25 Jahren für den ökologischen Sojaanbau kämpft und für den es immer schwieriger wird, in Brasilien nachhaltig mit KleinbäuerInnen zusammenzuarbeiten. Ein beeindruckender Film, der auch aufzeigt, wie es anders gehen könnte.

Wir haben es satt!

Zum Auftakt der internationalen Grünen Woche in Berlin demonstriert ein breites Bündnis »gemeinsam für gesundes Essen, bäuerlich-ökologischere Landwirtschaft und fairen Handel.« Bereits zum 7. Mal werden wohl Zehntausende den Agrokonzernen zurufen: »Finger weg von unserem Essen!«

Demo: Samstag, 21. Januar, 12 Uhr, Berlin, Potsdamer Platz

Infos:

www.wir-haben-es-satt.dewww.cbgnetwork.org/6890.htmlwww.keine-gentechnik.de/nachricht/32249/www.agrokalyse.de

KARLSRUHE: PROJEKT BEETE UND BIENEN

»Essbare und summende Stadt«

Projekte der Solidarischen Landwirtschaft und des Urban Gardening haben Zulauf. Immer mehr Menschen wollen wissen, woher ihre Lebensmittel kommen. Doch warum nicht gleich vor der Haustüre damit anfangen und öffentliche Naschbeete in Parks anlegen, sagen sich beispielsweise die InitiatorInnen des Projekts »Beete & Bienen« in der Karlsruher Oststadt. Eine Projektvorstellung.

PETER STREIFF, REDAKTION STUTTGART

Für das Projekt »Beete & Bienen« hat sich ein bunter Haufen engagierter GärtnerInnen und ImkerInnen zusammengefunden, um öffentliche Flächen

zu erschließen und sie für Bienen und Menschen nutzbar zu machen. Im Mittelpunkt stehen dabei ganz basale Zusammenhänge, die kooperativ »beackert« werden: Bienen sind als Bestäuber für Pflanzen und Pflanzensind eine wichtige Nahrungsquelle für Bienen und Menschen.

Die Beschäftigung mit beidem verbindet Menschen miteinander, führt die Funktion natürlicher Systeme vor Augen, wird als sinnstiftend und entschleunigend empfunden. Ziel des Teams ist, zunächst an unterschiedlichen Standorten der Karlsruher Oststadt Naschbeete für Menschen und Bienen einzurichten und weiterhin Honigbienen in natürlichen Behausungen anzusiedeln. Wenn sich AnwohnerInnen dann gemeinsam um Beete kümmern und entspannt das Treiben der Bienen am Flugloch beobachten, sind sie auf einmal ganz nah dran an natürlichen Zusammenhängen.

Nur zum Teil geht es dabei um den direkten Ertrag. Selbstverständlich sollen die Naschbeete PassantInnen dazu einladen, ein paar Beeren zu stibitzen oder ein Zweiglein Rosmarin mitzunehmen. Beim Naschen mit-

einander ins Gespräch zu kommen, ist dem Projektteam jedoch viel wichtiger. Kinder sollen erleben können, wie Früchte wachsen und sogar dabei mitwirken dürfen.

Sich gegenseitig klug machen

Es soll im Projekt jedoch nicht nur um Naschbeete sondern vor allem um Bienen in der Stadt gehen.

Seit bekannt wurde, dass es Bienen in der Stadt teilweise sogar besser geht als auf dem Land (Parks statt Monokulturen), erlebt die Imkerei in vielen Großstädten einen starken Aufschwung. Dabei steht für viele HobbyimkerInnen weniger der Honigertrag als der Schutz der Bienen und die Beschäftigung mit ihnen an erster Stelle.

Das Projekt »Beete & Bienen« will altes Wissen wiederbeleben, indem Bienenschwärme in sogenannte »Klotzbeuten« gesetzt werden. Diese zählen zu den ursprünglich ersten menschengemachten Bienenwohnungen und kommen der bevorzugten natürlichen Behausung von Bienen sehr nahe. Um eine Klotzbeute herzustellen, wird der Abschnitt eines Baumstammes per Kettensäge ausgehöhlt

und mit einem Flugloch versehen. Die Bienen errichten darin ihr Wabenwerk selbständig. Der/die ImkerIn belässt den Honig als Winterfutter im Volk.

Die Eingriffe am Bienenvolk beschränken sich daher auf die (leider) notwendige Behandlung gegen die Varroa-Milbe, ohne die das Volk kaum überleben könnte und eine Gefahr für Nachbarvölker darstellen würde, und eine eventuelle Auffütterung des Schwarmes für den Winter.

In öffentlichen Veranstaltungen werden die GärtnerInnen und ImkerInnen ihr Wissen zusammentragen und vielfältigen, Workshops und Vorträge durchführen und gemeinsam mit der Bevölkerung tatkräftig die Installation von Beeten und Beuten betreiben. Diese Zusammenarbeit ist schon deshalb essentiell, damit die Beete und Beuten über die Projektlaufzeit hinaus von den BewohnerInnen der Oststadt betrieben werden und erhalten bleiben können.

Kontakt und Programm-Infos für Karlsruhe:

Beete: essbare-stadt-karlsruhe@posteo.deBienen: bienen@katrin-sonnleitner.comInitiative für Biene, Mensch und Natur: www.mellifera.de

Impulse vom Projekt »Incredible Edible« (Netzwerk der »essbaren Städte« in Mittelengland) und Diskussion mit der Initiatorin Pam Warhurst im Rahmen der Stuttgarter Transformationstagung: 24.-26. März 2017, Forum3 (S-Mitte), Info: Carol Bergin, info@transformationstagung.org

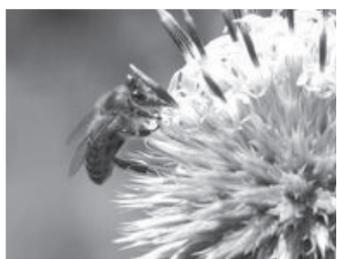
ANZEIGE

ZAG
ANTIRASSISTISCHE ZEITSCHRIFT
NUMMER 72/2016 • ISSN: 2192-6719 • EUR 5,00

THEMA
BIEDERMÄNNER

ZAG c/o Netzwerk Selbsthilfe e.V.
im Mehringhof,
Gneisenastraße 2a, 10961 Berlin
E-Mail redaktion@zag-berlin.de
Internet www.zag-berlin.de

▼ Biene an einer Distelblüte Foto: Mellifera e.V.





▲ Hind Meddeb Foto: Privat



▲ Katharina Nocun Foto: bartjez.cc



▲ Ksenja Ermoschina Foto:Privat



▲ Sarah Harrison Foto: Sunshine Press Productions



▲ Hind Touissate Foto:Privat



▲ Naomi Colvin Foto: Privat

AKTIVISTINNEN IM PORTRAIT

Ich musste es tun, weil es sonst niemand getan hätte

Beim Elevate Festival in Graz kam es im Oktober 2016 zu einem Zusammentreffen mehrerer mutiger und engagierter junger Frauen. Die beiden Nordafrikanerinnen Hind Touissate und Hind Meddeb sprachen über die Situation fünf Jahre nach dem Arabischen Frühling, Ksenia Ermoschina, Naomi Colvin und Katharina Nocun nahmen an einer Veranstaltung teil, die ausdrücklich den Aktivismus - online und offline - zum Thema hatte.

BRIGITTE KRATZWALD, REDAKTION GRAZ

Sie ist 26, sieht aus wie 18 und begann ihre Karriere mit 14 als Aktivistin bei Amnesty International: Hind Touissate, bekannteste und mehrfach ausgezeichnete Bloggerin Marokkos. Sie bezeichnet sich selbst als Weltbürgerin, dementsprechend sind Reisen, neben Menschenrechten, eines ihrer wichtigsten Blogthemen. Bekannt wurde sie jedoch durch ihre Berichte über den Arabischen Frühling. »Ich bin ziemlich furchtlos, wenn es darum geht, mich für Menschenrechte einzusetzen«, meint sie. Und als die Blogs ihrer FreundInnen in Ägypten und Tunesien vom Netz genommen wurden, veröffentlichte sie deren Berichte auf ihrem Blog. Inzwischen hat sie das soziale Unternehmen »Better Changemakers« gegründet. Damit hat sie sich zum Ziel gesetzt, mit Hilfe künstlerischer Methoden eine neue Generation an WeltbürgerInnen heranzubilden, die dabei die positiven Seiten von Vielfalt erfahren kann. In Zusammenarbeit mit Schulen und Universitäten konnte mit ihren kreativen Methoden seit 2014 bereits eine Senkung der Dropout-Rate an Schulen erreicht werden.

Hind Meddeb hat als Medium den Film gewählt. Sie erlebt die jungen Menschen in Nordafrika weltoffener und positiver gegenüber der Zukunft eingestellt als die Menschen in Europa, die sich zunehmend nach außen verschließen. Mit ihren Filmen möchte sie dazu motivieren, die Wahrnehmung

von den Anderen zu ändern. Ihre Filme entstehen in Ländern, von denen viele Europäer eine vorgefasste Meinung haben. Dann seien sie erstaunt, wenn sie Alternativen zu dem sehen, was in den offiziellen Medien gezeigt wird. »Der Feind«, sagt sie, »sind nicht die Flüchtlinge, der Feind ist der globale Kapitalismus. Und als Künstlerin kann ich Zeugin sein, ich kann Menschen eine Stimme geben, die sonst nicht gehört werden.« Am Tahrir Platz, meint sie, sei es das erste Mal gewesen, dass Menschen aus der Mittelschicht mit Menschen aus den Slums sprachen, das war das Besondere an der Ägyptischen Revolution. Eine wichtige Rolle spielte dabei der Rap, eine Musik, die es aus den Slums in den Mainstream, in die Kinos schaffte und damit das Selbstbewusstsein der Kids aus den Slums hob.

Die Courage Foundation

Während sie von den einen als VerräterInnen gebrandmarkt werden, gelten sie für andere als die Helden von heute: Whistleblower. Sarah Harrison ist eine führende Mitarbeiterin von WikiLeaks und die engste Beraterin von Julian Assange. Nun, da viele der bekannten Whistleblower im Gefängnis sitzen oder sich unfreiwillig im Exil aufhalten, hat sie mit anderen gemeinsam die Courage Foundation gegründet. Diese organisiert Kampagnen für die Sicherheit von Whistleblowern und sorgt dafür, dass die Inhaftierten faire Gerichtsverhandlungen bekommen. Sarah hatte schon lange zugesagt, zum Festival nach Graz zu kommen. Wegen der Veröffentlichung von Clinton-E-mails in der Endphase des US-Wahlkampfes bekam Wikileaks jedoch Probleme und Sarah musste kurzfristig nach New York reisen. Ihre Kollegin Naomi Colvin sprang ein.

Sie wurde Aktivistin durch Zufall, erzählt sie, und zwar als kurz vor Weihnachten 2010 bekannt wurde, dass die britische Staatsbürgerin

Chelsea Manning in den USA gefoltert wurde. Sie fühlte sich wie paralysiert und wartete während der ganzen Weihnachtsfeiertage auf den Aufschrei, der ihrer Meinung nach durchs Land gehen müsste. Als nichts geschah, erkannte sie, dass sie selbst aktiv werden musste. Seither engagiert sie sich im Rahmen der Stiftung besonders für die Solidarität mit Chelsea Manning.

Kunst ist politisch!

In Russland sozialisiert hielt Ksenia Ermoschina Politik lange für ein schmutziges Geschäft. Sie versuchte sich früh als Hackerin und wendete sich dann der Kunst zu. Erst bei ihrem Studium in Paris machten ihr ihre KollegInnen klar, dass die Kunst, die sie machte, politisch war. Als 2011 während der Dumawahlen eine große Bewegung wegen befürchteten Wahlbetrugs in Russland entstand, begann sie ihren Blog. Sie organisierte die Zusammenarbeit zwischen politischen Widerstandsgruppen und HackerInnen, um Wahlfälschungen mit Smartphones dokumentieren zu können. Mit einer Mischung aus Streetart und politischen Aktionen, beides verbreitet über soziale Medien, konnte die Gruppe viel öffentliche Aufmerksamkeit erreichen. Dabei lernten sie, sich im Internet davor zu schützen, dass die Daten bis zu ihnen zurückverfolgt werden konnten. Wie im Arabischen Frühling haben MusikerInnen auch für die Proteste in Russland eine wichtige Rolle gespielt. »Es ist eine Do-it-yourself-Kultur, in der Politik und in der Musik«, meint Ksenia.

Die Multitaskerin

Durch ihr vielfältiges Engagement ist Katharina Nocun in Deutschland keine Unbekannte mehr. Ihr erster Auftritt war bereits für die Eröffnung geplant, kurzfristig verschob sie ihre Anreise jedoch um einen Tag: sie musste noch am gleichen Abend

eine Demo gegen das neue Geheimdienstgesetz in Berlin organisieren, denn, »wenn ich es nicht gemacht hätte, hätte es gar keine Demo gegeben.« Nach einem Intermezzo als Geschäftsführerin der Piratenpartei wurde sie Kampagnenleiterin bei der Organisation Campact, wo sie unter anderem Anti-TTIP-Proteste organisiert hat. Ihre Themenschwerpunkte sind jedoch Datenschutz und Überwachung. Als Tochter polnischer Flüchtlinge aus der Zeit des kalten Krieges war sie schockiert, als in Deutschland die Vorratsdatenspeicherung eingeführt wurde, und sie kam zu der Erkenntnis: »Wenn ich will, dass etwas dagegen geschieht, muss ich es selbst tun.« Als Mitglied im Whistleblownetzwerk hat sie die Kampagne »Free Edward Snowden« in Deutschland koordiniert. Und nicht zuletzt hat sie sich mit dem Parteiprogramm der AfD auseinandergesetzt und dabei die Entdeckung gemacht, dass diese nicht nur für Fremdenfeindlichkeit steht, sondern auch den Klimawandel leugnet und den Mindestlohn abschaffen möchte. Durch die Publikation dieser Fakten hat sie sich viele Feinde geschaffen.

Auf die Frage nach der Motivation für ihr Engagement geben alle drei Frauen den Zorn an, die Wut über die Ungeheuerlichkeiten, die täglich passieren und gegen die sie sich stellen, auch wenn sie sich dabei angreifbar machen. »Ich habe mich inzwischen daran gewöhnt, Drohungen zu lesen, wenn ich in der Früh meinen Computer einschalte, deshalb bin ich froh, dass niemand weiß, wo ich wohne«, meint Katharina. Ksenia musste sogar ein russisches Gefängnis von innen kennen lernen. Aufhören werden sie trotzdem nicht, solange es noch etwas zu tun gibt.

Links:
accordingtohind.net
couragefound.org
kattascha.de

DER POLITISCHE KRIMI

Gesellschaftskritik im Literaturformat

Eine Contraste-Serie von Roman Schweidlenka

Kommissar Daquin wird nach Marseille versetzt und sogleich in einen Mordfall hineingeworfen. Eine Abrechnung in der Bandenszene, so nehmen seine Vorgesetzten das Untersuchungsergebnis vorweg. Doch der Inspektor aus Paris ist stur und recherchiert mit seinem kleinen Team diesseits und jenseits des offiziell Gewünschten. Im Laufe der Ermittlungen verblasst die Szenenmordthese und ein inoffizielles Netzwerkchaos, das Wirtschaft, Politik, Geheimdienste und Polizei umfasst, wird deutlich. Die Spuren der Morde, denn es mehren sich die Verbrechen, führen zu den Reichen und Schönen, in jene Regionen, in denen das ganz große Geld fließt und Profite in schwindelerregende Höhen steigen. Der Roman spielt in den siebziger Jahren des letzten

Jahrtausends, in einer Zeit, in der Öl sich als das große Geschäft entwickelte. Waffendeals, versteht sich, fehlen in dieser Dynamik von Politik, Cash und Kapitalismus nicht. Orte der Handlung sind neben Marseille Nizza, Istanbul, Malta, Südafrika und New York. Manotti zeichnet die Upper Class der Superreichen als kalte, egozentrische Menschen, verwöhnt, von ihrer Einmaligkeit überzeugt, in dumpfem Narzissmus brodelnd. Eingebettet in die politischen und ökonomischen Ereignisse der siebziger Jahre entblättert sich ein spannender, auf geschichtlichen Tatsachen aufbauender Politkrimi. Manotti eben.

Dominique Manotti: Schwarzes Gold. Ariadne Kriminalroman im Argument Verlag, Hamburg 2016



ANARCHIE IST MACHBAR, FRAU NACHBAR!



Anarchistische Konzepte haben im politischen Mainstream bislang keine Chance - auch in sozialen Bewegungen fristen sie oft noch ein Nischen-Dasein. Nichts desto trotz gibt es eine Vielzahl von Menschen, die sich an den Ideen einer herrschaftsfreien Gesellschaft orientieren und versuchen, sie in die (politische) Tat umzusetzen. Der dritte Band der Interview- und Gesprächssammlungen von Bernd Drücke zeigt, wie vielfältig und konkret Anarchist*innen sich organisieren und Projekte am Laufen halten, die schon heute alternative Strukturen aufbauen.

In »Anarchismus Hoch 3« kommen insgesamt 27 Menschen zu Wort. Daraus entsteht nicht nur ein beachtliches Spektrum an anarchistischen Perspektiven und Handlungsweisen, das lässt auch Anknüpfungspunkte erkennen, die eine libertäre Bewegung nutzen kann, zum Beispiel in der Bewegung der politischen Kommunen, in Kollektivbetrieben und Arbeitskämpfen oder bei Hausbesetzungen.

Es macht Mut, von jungen Projekten wie dem Black-Pigeon-Buchladen zu lesen, der in der Dortmunder Nordstadt einen selbstorganisierten Freiraum für die Nachbarschaft anbietet. In vielen Gesprächen wird diskutiert, ob und wie der Anarchismus konkrete Antworten auf Alltagsfragen in verschiedenen Lebenslagen wie Ausbildung, Elternschaft, Lohnarbeit oder Rente geben kann - und das jenseits von großen Demonstrationen schwarz gekleideter Menschen mit schwarzen Fahnen.

Dabei werfen die Gespräche auch einen kritischen Blick auf die Geschichte der anarchistischen Bewegung: Welche Lehren lassen sich aus dem Projekt A von Horst Stowasser ziehen? Mit welchen Problemen hatten und haben anarchistische Verlage zu kämpfen? Wie konnte und kann der Anarchismus über eine bestimmte Szene hinaus Menschen begeistern?

In den meisten Interviews taucht die Frage nach der eigenen Vorstellung von Anarchie auf. Auch wenn die Gesprächspartner*innen ihre eigenen Akzente setzen, geht es ihnen vor allem darum, jedem Menschen eine möglichst große Freiheit und materielle Gerechtigkeit zu ermöglichen. Es wird deutlich: Eine Gesellschaft ohne Herrschaft braucht eine funktionierende Organisation. Der Interview-Band gibt einen Einblick, wie diese konkret aussehen könnte. Der Blick geht dabei auch ins Ausland, etwa zu anarchistischen Kämpfen und Bewegungen in der Türkei, in Russland oder Indonesien.

Die Form des Interviews macht das Buch kurzweilig und abwechslungsreich. Allerdings sind alle Interviews im Rahmen der redaktionellen Arbeit der Graswurzelrevolution entstanden und wurden vom Herausgeber selbst geführt. So entsteht eine gewisse Einseitigkeit - gleichzeitig aber hoffentlich die Lust, auch andere anarchistische Autor*innen kennenzulernen.

Regine Beyß

Bernd Drücke (Hrsg.): Anarchismus Hoch 3. Utopie, Theorie, Praxis; Unrast Verlag, Münster 2016, 252 Seiten, 16 Euro

DAMIT DER GEIST IN DER FLASCHE BLEIBT



Das Lesebuch »Kunst und Kampf« erzählt Geschichten. Zunächst die des Bernd Langer als antifaschistischen Künstler und Kämpfer. Ihn prägten die Kriegserlebnisse seiner Großeltern. Am Geburtsort sieht er nicht nur ideologische Kontroversen zwischen »Ewiggestrigen« und Kriegsgegner_innen. Sein spezielles Interesse weckte die Ankündigungsart von Aktionen. Er will den Angriff auf die Faschisten verdeutlichen, nicht das soziale Leiden »der Klasse«. Mit Freund_innen entwickelt er Ideen, die in parteilichen Zeichnungen, Gemälden, Collagen und Plakaten mündeten. Autodidaktisch studiert er die Geschichte(n) der Kunst und betrachtet Künstler_innen in ihrer Zeit. Der Autor beobachtet deren politische Stagnation, Anpassung, Unterwerfung bis hin zur Transformation zum Gegner. Ihn faszinierten Dürer und Bosch sowie Künstler der Bauernkriege wie Ratgeb, Riemenschneider, Grünewald. Gestalterische Vorbilder sind Herzfelde, Grosz und Heartfield. Ihn inspirieren DaDa, die russischen Futuristen und Joseph Beuys. Seine Logos, Bilder, Gemälde, Fotoabbilder und Plakate sind nicht irgendeine Aktionspropaganda. Sie forderten jedes Mal neue Herstellungsformen des Malens, der Fotoeinbindung, des Drucks und der Farbwiedergabe heraus. Aus dem alten Antifaschismusemblem von 1932 entwickelt Langer die Logos der Antifaschistischen Aktion mit den Fahnen, die nach links wehen. Sie sind heute auf jeder Antifa-Fahne. Eine Kompression der Kämpfer_innen in nur männliche Figuren fällt auf, das womöglich auf schlanke schwarz bekleidete und verummte Silhouetten rückführbar ist. Seltsam! Gerade der Antifa gehören massenhaft Frauen an.

Das Lesebuch erzählt die Geschichte der Entstehung und Auflösung der Autonomen Göttinger Antifa (M) in Kämpfen mit Polizei und Justiz. Deutlich wird, wie nach 1990 Kooperationen und Kampfformen der Antifa zurückgehen. Bernd Langers Verdienst ist die Einbindung der Kunst in den politischen Widerstand gegen den Neofaschismus. Das Lesebuch gewinnt durch das Format, die große, farbige Schrift, gutes Papier und Farbabbildungen seiner Werke. Jüngere Antifaschist_innen können erfahren, wie Kunst aus den Kämpfen der Antifa entsteht und Kunst als Mittel der politischen Arbeit verstehen lernen. Denn unerlässlich ist es, sich mit allen zur Verfügung stehenden Möglichkeiten in die Antifa-Arbeit einzubringen, nicht aufzugeben, den eigenen Weg zu gehen und neue Mitstreiter_innen zu finden, damit der Geist in der Flasche bleibt, sowie es das Titelbild eindrücklich zu verstehen gibt.

Ena Bonar

Bernd Langer: Kunst und Kampf, Unrast-Verlag, Münster 2016, ISBN 978-3-89771-582-0, 19,80 EUR

CARE, ARBEIT, TECHNIK UND GESCHLECHT



Wer Gabriele Winker einmal persönlich erlebt hat, wird kaum glauben, dass sie Anfang November 2016 ihren 60. Geburtstag feiern konnte. Winker ist seit 2003 Professorin für Arbeitswissenschaft und Gender Studies an der Technischen Universität Hamburg-Harburg, und Mitgründerin des »Feministischen Instituts«. Heute ist sie vor allem als engagierter Streiterin in Sachen Care und »Care-Revolution« - und als Verfechterin des theoretischen Konzepts der »Intersektionalität« bekannt. Sie ist bekennende Feministin, Marxistin; und nicht zuletzt politische Aktivistin. Sie ist sich auch nicht zu schade, in Neuköllner Kneipen mit autonomen KommunistInnen vom »Ums Ganze«-Bündnis zu diskutieren.

MitstreiterInnen haben jetzt eine »Festschrift« zusammengetragen, die in einer Art Bricolage thematisch den Weg umreißt, den Winker theoretisch, politisch und wissenschaftlich gegangen ist: Von der (feministischen) Technikforschung zur Intersektionalität. Heute tritt sie zusammen mit anderen dafür ein, Identität, symbolische Repräsentation und Sozialstruktur gleichrangig zu untersuchen und alle miteinander verwobenen Unterdrückungsverhältnisse in den Blick zu nehmen. Das Buch enthält zehn Beiträge zu feministischen Analysen und Strategien und je fünf zum Thema »Care« beziehungsweise zu Technik als Feld feministischer Auseinandersetzungen.

Nina Degele zeigt am Beispiel von Fußball und von KinokartenabreisserInnen, dass Intersektionalität als Konzept auch für eine Untersuchung dieser Felder frucht- und anwendbar ist. Antje Schrupp schreibt gewohnt souverän über ihr am italienischen Differenzfeminismus geschultes Denken: Feminismus habe viel damit zu tun, wie Frauen die Welt gestalten und sie sich darüber aneignen. Eigene, selbst entwickelte Regeln und Maßstäbe seien dabei hilfreich, ein Denken in binären, sich ausschließenden Kategorien wie etwa Reform-Revolution sei dafür eher hinderlich. Es gehe, so Schrupp, vielmehr darum, Verantwortung für das Tun und Sein zu übernehmen, am jeweiligen Ort. Wibke Derboven berichtet davon, dass Mütter pro Woche etwa 15 Stunden mehr unbezahlte Arbeit leisten als Frauen ohne Kinder. Väter leisten vier Stunden mehr unbezahlte Arbeit und sieben Stunden mehr Erwerbsarbeit als Männer ohne Kinder.

Dieses Buch umfasst eine eindrucksvolle Palette aktueller feministischer und queer-feministischer Kämpfe, Perspektiven und Positionen - jenseits poststrukturalistischer Jargons. Positionen und Kämpfe, die nach Solidarität, emanzipatorischen Bündnissen, Anerkennung, Lebensqualität und nach der Überwindung sozialer Ungleichheiten fragen. In einer Zeit, in der die Forderung nach Selbstbestimmung in die neoliberale Selbstverantwortung umgedreht wurde.

Bernd Hüttner

Melanie Groß, Kathrin Schrader, Tanja Carstensen (Hrsg.): care | sex | net | work. Feministische Kämpfe und Kritiken der Gegenwart; unrast-Verlag, Münster 2016, 176 Seiten

SACHCOMIC ZUR FRIEDENSBEWEGUNG



Die antimilitaristische Bewegung des globalen Nordens hat eine zweihundertjährige Geschichte, die nun in einem Sachcomic erzählt wird. Bereits 1815 wird in den USA die erste Friedensgesellschaft gegründet, ein Jahr später eine in Großbritannien. Die Deutsche Friedensgesellschaft (DFG) hat bei Beginn des Ersten Weltkrieges 10.000 Mitglieder, darunter sehr viele Frauen. Zu diesen eher pazifistisch geprägten und aus dem Bürgertum kommenden Organisationen ist die antimilitaristische Bewegung der Arbeiterklasse gleichrangig hinzuzudenken. Gleichwohl ist die Friedensbewegung absolut randständig, da militaristische Organisationen des Kaiserreichs weit mehr Mitglieder haben, der Kyffhäuserbund allein hatte 2,8 Millionen.

Der Erste Weltkrieg führt aufgrund der Zustimmung der SPD zu den Kriegskrediten zu einem Niedergang der Arbeiterbewegung, während die pazifistische Bewegung einen »Aufschwung« erfährt: 1921 werden zum Beispiel die War Resisters International (WRI) gegründet.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wird in Deutschland spektrenübergreifend - und erfolglos - gegen die Wiederbewaffnung demonstriert. Während dieser Phase und auch danach ist die Beratung von Kriegsdienstverweigerern eine wichtige Hauptaufgabe der Friedensbewegung. Ab 1958 beginnt in Deutschland und anderen Ländern die Ostermarschbewegung und zehn Jahre später der Protest gegen den Vietnamkrieg. 1972 wird die anarchistische Graswurzelrevolution gegründet, Mitte der 1970er Jahre hat die DFG-VK in Westdeutschland 12.000 Mitglieder. Ab 1979 beginnt die neue Friedensbewegung, die um 1982/83 im Protest gegen die sogenannte »Nachrüstung« ihren Höhepunkt hat.

Die Jugoslawien- und Golfkriege und dann die Attentate des 11. September 2001 wirbeln die Friedensbewegung und die Linke dann gehörig durcheinander. Den Schluss des Bändchens bildet die Kritik der aktuellen Imagekampagne der Bundeswehr und die Kritik militärischer Forschung.

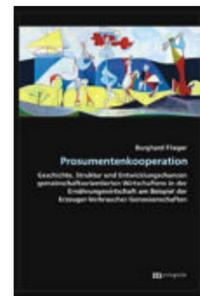
Diese Geschichte wird im Schnelldurchlauf erzählt, konkret in einem Dialog zwischen einem jüngeren, radikaleren Antimilitaristen und einer älteren Pazifistin, die jeweils aus ihrer Position heraus erzählen und interpretieren, so dass verschiedene Sichtweisen aufscheinen.

Dieser Sachcomic ist eine kurze, aber fundierte Einführung in einem innovativen Format: Comic-Elemente und Fließtext. Einzig die Gestaltung der Sprechblasen ist nicht gelungen. Diese sind in Versalien gehalten und nicht so gut lesbar.

Bernd Hüttner

Findus/M. Schulze von Glaßer: Kleine Geschichte der Kriegsgenossenschaft. Friedensbewegung und Antimilitarismus von 1800 bis heute; Unrast Verlag, Münster 2016, 78 Seiten, 9,80 EUR

KOOPERATIV UND GEMEINSCHAFTSORIENTIERT



Sperrig ist der Titel ja schon, und das Anliegen des Autors erschließt sich auch dem geneigten Leser erst auf den zweiten Blick. Aber das Buch »Prosumentenkooperation« ist ja nicht in erster Linie für die Auslage im Buchladen geschrieben worden. Vielmehr bietet das neue Werk von Contraste-Autor Dr. Burghard Flieger, der vom Herausgeber »als hoch engagierter und aktiver Pionier alternativer ökonomischer Praktiken« bezeichnet wird, einen vielschichtigen Überblick über »kooperative und gemeinschaftsorientierte Wirtschaftsformen« am Beispiel von Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaften (EVG).

Auch wenn das Buch im Wesentlichen auf einer gut strukturierten Studie beruht, geht es dem Autor in acht Kapiteln nicht nur um Geschichte, Besonderheiten, Entwicklungstendenzen und Chancen der EVGs, sondern um eine »Huldigung dieser besonderen Genossenschaftsform«.

Besonders sei sie deswegen, weil sie »Menschen unter dem Dach der Genossenschaft zusammengebracht (hat), die trotz gegensätzlicher Interessen sich eindeutig für aus ihrer Sicht gerechtere Lösungen bei den Preisen einsetzen«. Konkret gemeint sind damit zum einen BiolandwirtInnen, denen die Umstellung erleichtert wurde, und zum zweiten die VerbraucherInnen, die sich über verbesserte Einkaufsmöglichkeiten freuten.

Die detailliert beschriebenen Ausprägungen verschiedener EVGs bleiben jedoch nicht an der genossenschaftlichen Rechtsform hängen, sondern beziehen auch neuere Entwicklungen wie die Foodcoops und Initiativen der Solidarischen Landwirtschaft mit ein. In zahlreichen Abschnitten insbesondere bei den Beispielen der Bremer EVG und der Tagwerk eG ist zu spüren, dass sich der Autor sowohl mit Varianten des genossenschaftlichen Förderauftrags als auch mit der Biolandenszene seit Jahren auskennt.

Spannend wird es, wenn er - wie im Schlussabschnitt mit dem zellularen Ansatz im Energiesektor - Parallelen sucht zu ähnlichen Entwicklungen in Branchen, in denen Genossenschaften seit kurzem deutlich im Aufwind sind. Das Potenzial für eine ebenso dynamische Transformation des Lebensmittelmarkts hin zu Kooperationen, die sich am gemeinschaftlichen Bedarf der beteiligten Menschen orientieren, sei bei den EVGs jedenfalls vorhanden, ist der Autor überzeugt. Reichhaltiges und anschauliches Material hat Flieger mit seinem Buch vorgelegt, auf dass sich die von ihm erhoffte »Kraft der organisierten Selbsthilfe« entfalten könne und genossenschaftliches Wirtschaften wieder an Bedeutung gewinnt.

Peter Streiff

Burghard Flieger: Prosumentenkooperation - Geschichte, Struktur und Entwicklungschancen gemeinschaftsorientierten Wirtschaftens in der Ernährungswirtschaft am Beispiel der Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaften. 232 Seiten, Metropolis-Verlag, Marburg 2016, 26,80 Euro

TERMINE UND KLEINANZEIGEN

TERMINE

SOLAWI

»Wir haben es satt«
21.01.2017, 12 Uhr (Berlin)

Agrarkonzerne: Finger weg von unserem Essen! Unter diesem Motto demonstrieren Bäuerinnen und Bauern, Lebensmittelhandwerker*innen und kritische Konsument*innen zum siebten Mal gemeinsam für gesundes Essen, eine bäuerlich-ökologischere Landwirtschaft und fairen Handel.

Ort: Potsdamer Platz
Info: www.wir-haben-es-satt.de/start/aufruf/

Frühjahrstagung des
Netzwerk »Solidarische
Landwirtschaft«
10. - 12.02.2017 (Steyerberg)

Solidarische Landwirtschaft zeigt sich in vielen Ausprägungen: Was bedeutet »solidarisch Handeln« für jedes einzelne Projekt? Wo müssen alte Pfade im Denken und Handeln verlassen werden? Die bewusste Erkenntnis, dass im Solawi Alltag neue Wege beschritten werden, kann dabei helfen, mit Schwierigkeiten gelassener umzugehen. Der Austausch mit anderen Bewegungen, Organisationen und Menschen soll die Teilnehmer*innen unterstützen und ermutigen. Für Solawi-Neueinsteiger*innen gibt es die Möglichkeit, am Freitag vor Beginn des großen Treffens an einem Intensiv-Workshop zur Einführung teilzunehmen.

Ort: Lebensgarten Steyerberg
Info: www.solidarische-landwirtschaft.org

FESTIVAL

Elevate the Algorithm
01. - 05.03.2017 (Graz)

Durch die Ausgestaltung der digitalen Umgebung, die heute zur täglichen Realität gehört, wird das Verhalten der Menschen gesteuert, ohne dass sie es merken. Wenn Versicherungen ihre Tarife entsprechend den Vitaldaten ihrer Kund*innen berechnen, ändert das automatisch deren Lebensstil. Regierungen und Geheimdienste nutzen ähnliche Methoden um angeblich unsere Sicherheit zu erhöhen. Jenseits der Überwachungsproblematik wirft die Digitalisierung der Welt eine Vielzahl weiterer grundsätzlicher und ethischer Fragen auf, denn diese technischen Entwicklungen lassen nichts und niemanden unberührt.

Info: www.elevate.at

WIDERSTAND

»Aufstehen gegen
Rassismus« (AGR)
13. - 14.01.2017 (Leipzig)

»AGR« ist ein ehrenamtliches Netzwerk von Menschen, die sich gegen den Aufstieg der Alternative für Deutschland und rechte Hetze engagieren wollen. Die Erfolge der AfD gehen einher mit einem gesamtgesellschaftlichen Rechtsruck in vielen Bereichen. Wir alle kennen das: In der Diskussion mit den Arbeitskolleg*innen, dem Gespräch mit der Tante oder beim Grillen mit dem Sportverein fallen Sprüche, die uns die Sprache verschlagen.

Später ärgern wir uns, denken, da hätten wir gerne den Mund aufgemacht, widersprochen, die rechten Parolen nicht einfach so stehen lassen. Hier wollen wir ansetzen und Menschen in die Lage versetzen, die Schrecksekunde zu überwinden, Position zu beziehen und deutlich zu machen: Das nehmen wir nicht hin! Deshalb führt die »AGR« eine weitere Schulung für das Konzept der Stammtischkämpfer*innenausbildung in Leipzig durch. In den anderthalb Tagen sollen die Teilnehmer*innen darin geschult werden, selbst Workshops durchzuführen, um andere Menschen zu ermutigen, sich mit Argumenten ausgestattet, gegen rechte Hetze zu erheben.

Ort: Volkshaus Leipzig
Info: agr-leipzig@posteo.de

EUROPA

Zwischen westlichem
Herrschaftswillen und
östlichem Kulturkeim
20. - 21.01.2017 (Stuttgart)

Gibt es im 21. Jahrhundert noch eine mitteleuropäische Aufgabe? Zwischen einem in die Enge getriebenen Russland und der sich als alleinige Weltmacht auführenden USA bewegt sich ein uneiniges und an sich selbst zweifelndes Europa. Oder hätte Zentraleuropa zwischen der Zukunftsoffenheit des Ostens und dem Herrschaftswillen des Westens eigenständige Aufgaben zu erfüllen? Kann es eigene Gestaltungskraft entwickeln - und wer könnten die Akteur*innen dafür sein? Diesen Fragen geht der Autor,

Sozialforscher und Russlandkenner Kai Ehlers in einem Vortrag nach. Am Folgetag vertiefen vier Referent*innen die angesprochenen Themen in Gesprächen mit den Teilnehmer*innen.

Ort: *selbstv. Jugend- und Kulturzentrum Forum3, Stuttgart*
Info: www.forum3.de/seminare/532

PROJEKT A

Eine Reise zu anarchistischen
Projekten in Europa (DVD)

Der Film taucht in die vielschichtige Welt der Anarchisten ein und bricht mit den gängigen Klischees über Steinewerfer und Chaoten. Er eröffnet den Blick auf eine Bewegung, die das Unmögliche fordert, an den Grundfesten unserer Gesellschaft rüttelt und gerade deshalb das Augenmerk auf zentrale ungelöste Fragen unserer Zeit lenkt. Welche Ideen stehen hinter dem Anarchismus? Was tun Anarchisten? Welche Projekte und Aktionen starten sie? Und wie versuchen sie, ihrer Utopie näher zu kommen? Die Filmemacher begleiten Menschen im anarchistisch geprägten Stadtviertel Exarchia in Athen, bei Anti-Atomkraft-Aktionen in Deutschland, bei der weltweit größten anarcho-syndikalistischen Gewerkschaft in Spanien, bei einer katalanischen Kooperative und einer genossenschaftlich organisierten solidarischen Landwirtschaft in München. Die Aktivisten kämpfen dabei für eine Welt, in der niemand über andere Menschen herrschen soll.

Trailer: www.projektA-film.net

KLEINANZEIGEN

HÄUSCHEN AUF DEM LAND
IN GEMEINSCHAFT

Für unser zum Wohngebiet umgenutztes Feriendorf mit 24 kleinen Häuschen suchen wir noch Mitbewohner*innen. Unser Dorf liegt auf dem Lande 20 km von Kassel entfernt in einer Gemeinde mit recht guter Infrastruktur. Wir sind im Moment zwischen 3 und 76 Jahre alt; unser Motto: »Lebe einzeln und frei wie ein Baum und geschwisterlich wie ein Wald« (nach Nazim Hikmet). Das selbstbewohnte Häuschen muss saniert und ausgebaut werden, daher ist etwas Eigenkapital oder Kreditwürdigkeit nötig. Es gibt großzügige Gemeinschaftsflächen und Ideen vom Huhn bis Brotbackofen und Musikfestival, natürlich auch Platz für ein schnuckeliges Gemeinschaftshaus oder Hütte oder Jurte...

www.Genoviva.de
oder mailto:
Sabine.conti@sun-Pi.de

GÖTTINGER MEDIENBÜRO

erstellt Druckvorlagen für Broschüren, Kataloge, Flyer, CD-Cover und Plakate, übernimmt Archiv-Recherchen, liefert Fotos, formuliert und redigiert Beiträge und Texte.

Anfragen an:
contact@artinweb.de,
www.artinweb.de

IMPRESSUM

Monatszeitung für Selbstorganisation

Erscheint 11 mal im Jahr ISSN 0178-5737

HERAUSGEBER

Contraste, Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Schönfelderstr. 41A
34121 Kassel
info@contraste.org
www.contraste.org

CONTRASTE wird von etwa 20 Redakteurinnen erstellt. Sie schreiben aus Überzeugung und ohne Bezahlung. Die Informationen und Artikel fließen über die Regional- und Fachredaktionen zusammen. Aboverwaltung und Vertriebsvorbereitung und Rechnungsstellung erfolgt über das CONTRASTE-Büro in Kassel.

V.i.S.D.P.: Ulrike Kumppe

Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 9/15

REDAKTIONEN

BERLIN:
Christoph Chang
christoph.chang@riseup.net
Karl-Heinz Bächstadt
karl-heinz.baechstaedt@contraste.org
Ulrike Kumppe
ulrike.kumppe@contraste.org
Contraste-Redaktion Berlin
c/o Netzwerk Selbsthilfe
Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin

BREMEN:
Bernd Hüttner
bernd.huettner@contraste.org

ELBSANDSTEINGEBIRGE:
Johannes Dietrich
johannes.dietrich@contraste.org

GÖTTINGEN:
Kai Böhne
kai.boehne@contraste.org

HAMBURG:
Hilmar Kunath
☎ (0 40) 39 90 41 96
hilmarkunath@web.de

KASSEL:
Sabine Conti
info@sconti-projektberatung.de
Regine Beyß
regine.beyss@posteo.de

KÖLN/BONN:
Heinz Weinhausen
☎ (01 70) 59 38 900
heinz.weinhausen@contraste.org

Ariane Dettloff
☎ (02 21) 31 57 83
ariane.dettloff@contraste.org

STUTT GART:
Peter Streiff
☎ (0 71 44) 33 22 56
peter.streiff@netz-bund.de

GESCHICHTE(N) BEWAHREN
— EIN GENERATIONEN
VERBINDENDEN PROJEKT

Lebenserinnerungen als gebundenes Buch sind ein wunderbares Geschenk für Eltern oder Großeltern, Kinder oder Enkel. CONTRASTE-Redakteurin Ariane Dettloff zeichnet sie auf, Grafikerin Anne Kaute gestaltet und illustriert; für CONTRASTE-LeserInnen gibt es 10% Preisnachlass.

www.werkstatt-fuer-memoiren.de
E-Mail:
arianedettloff@ina-koeln.org
Tel.: (02 21) 31 57 83 s

NEUE IDEEN ERWÜNSCHT

Göttinger Redaktionsbüro sucht selbstständige und kommunikationsfreudige Praktikant*in mit eigenen thematischen Schwerpunkten, Interesse am Umgang mit Menschen und freundlicher Telefonstimme. Gemeinsam mit dem bestehenden Team arbeiten wir an der Erweiterung unserer journalistischen Dienst- und Rechercheleistungen. Später u. U. freie Zusammenarbeit möglich.

Wir freuen uns auf Interessenten, Anregungen und Feedback:
0551-55121
oder
service@rf-online.de

ÖSTERREICH:

GRAZ:
Brigitte Kratzwald
☎ 0043-699 11 28 65 57
brigitte.kratzwald@commons.at
KLAGENFURT:
Hans Wieser
hans.wieser@contraste.org

SPANIEN:

MADRID:
Eva Sempere
layout@contraste.org

FACHREDAKTIONEN

GENOSSENSCHAFTEN:
Burghard Flieger
☎ (07 61) 70 90 23
genossenschaften@t-online.de

KOMMUNEN/GEMEINSCHAFTEN:

Regine Beyß
gemeinschaften@contraste.org

KLIMA/DEGROWTH

klima@contraste.org

Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die AutorIn die Verantwortung. Eigenverlag: Alle Nachdruckrechte bleiben bei den AutorInnen.

HERSTELLUNG

CONTRASTE e.V.
Schönfelderstr. 41A, 34121 Kassel

Bildredaktion:

Ulrike Kumppe und Eva Sempere
Layout:
Eva Sempere
Druck:
Freiburger Druck GmbH und Co KG

IT-BETREUUNG

Vadim und Steffen, netz.koop eG
<https://netz.koop>
webmaster@contraste.org

KONTAKT

Anfragen: info@contraste.org
Abonnieren: abos@contraste.org
Redaktion: redaktion@contraste.org
Termine: termine@contraste.org
Verein: vorstand@contraste.org
Anzeigen: anzeigen@contraste.org
Layout: layout@contraste.org

facebook: www.facebook.com/contraste-monatszeitung
twitter: [contraste_org](https://twitter.com/contraste_org)

ANZEIGEN

Informativ, knapp und klar:
Ossietsyky
Die Schaubühne seit 1905
Die Weltbühne seit 1918
Ossietsyky seit 1998

»Der Krieg ist ein besseres Geschäft als der Friede. Ich habe noch niemanden gekannt, der sich zur Stillung seiner Geldgier auf Erhaltung und Förderung des Friedens geworfen hätte. Die beutegierige Canaille hat von eh und je auf Krieg spekuliert.«
Carl von Ossietzky in der Weltbühne vom 8. Dezember 1931

Ossietsyky erscheint alle zwei Wochen – jedes Heft voller Widerspruch gegen angstmachende Propaganda, gegen Sprachregelung, gegen das Plattmachen der öffentlichen Meinung durch die Medienkonzerne, gegen feigen Selbstbetrug.

Ossietsyky herausgegeben von Matthias Biskupek, Daniela Dahn, Rolf Gössner, Ulla Jelpke, Otto Köhler und Eckart Spoo, unter Mitarbeit von Rainer Butenschön und Peter Turrini.

Ossietsyky – die Zeitschrift, die mit Ernst und Witz das Konsensgeschwafel der Berliner Republik stört.

Ossietsyky Verlag GmbH • ossietsyky@interdruck.net
Siedendolsleben 3 • 29413 Dähre • www.ossietsyky.net

Men's Hell
BAYERS
Hormon-Pillen

Topthema
im neuen Magazin

www.stichwort-bayer.de
info@stichwort-bayer.de
Postfach 150418 · 40081 Düsseldorf
facebook/Coordination

STICHWORT
BAYER Konzernkritik konkret.

KOSTENLOSES PROBEHEFT BESTELLEN. JETZT.

Feminismus?

Drei aktuelle Beiträge:

Rosa Luxemburg
und der Feminismus
Hausarbeit als nichtkapitalistische
Produktion im Kapitalismus

Das Problem der
Gleichheit in der
Geschlechterfrage
Beiträge von Philosophinnen aus drei
Jahrhunderten

Rosa Luxemburg und
„bürgerliche Werte“
Aktuell für die heutige Politik.

Ursula G. T. Müller
Feministische und
philosophische Kontroversen
Hausarbeit, Gleichheit, bürgerliche Werte
2016, 95 Seiten, 4,80 Euro
ISBN: 978-905419-40-5

Kontroversen!

FORUMRECHT

Ausgabe 1/17: Deutsche Zustände
jetzt erhältlich

Onlineshop, ältere Ausgaben und
call for papers:

www.forum-recht-online.de
twitter.com/_ForumRecht

